

# Forum



Auf zur Kommunalwahl 2009

**Zeit für Grün**

## Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe euch steht ein schönes, erfolgreiches Jahr bevor. Glaubt ja nicht, ihr hättet keine Wahl.

Im Superwahljahr 2009 gibt es nun mal keine Ausrede.

In acht Bundesländern gibt es Kommunalwahlen: in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen sowie Teil-Kommunalwahlen in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Weitere fünf Wahlen des Landtags in Hessen, im Saarland, in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Die Wahl des deutschen Bundespräsidenten findet am 23. Mai statt. Die Bundestagswahl voraussichtlich am 27. September und es gibt Regionalwahlen in der Region Stuttgart. In NRW findet die Kommunalwahl und die Europawahl wahrscheinlich am 7. Juni statt, es sein denn die Klage von Grünen und SPD vor dem Verfassungsgericht in Münster hat Erfolg. Erst Ende Januar wird sich voraussichtlich klären, ob die von CDU und FDP vorgenommenen Eingriffe in zentrale Wahlrechtprinzipien mit der Verfassung vereinbar sind.

Unsere Aktivitäten sind jedenfalls ganz auf die Kommunalwahl in NRW eingestellt. Bei der GAR-Delegiertenkonferenz berichtete Jürgen Hoffmann vom Psephos Institut über Grüne Trends zur Kommunalwahl. In unserem Weiterbildungsprogramm I/2009 bieten wir vor allem Grundlagenseminare an, um Ratsmitglieder fachlich zu unterstützen und den Auftakt für Neue zu erleichtern.

Für junge Grüne ist unser Seminar „Kommunopoly – Jugend vor Ort an die Macht“ besonders interessant, da hier Ratsarbeit mit echtem Bürgermeister spielerisch erprobt werden kann. Bei unserem Training für BürgermeisterkandidatInnen wird der hauptamtliche Bürgermeister Hans-Jürgen Schimke aus Laer den neuen KandidatInnen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Damit grüne Inhalte auch da landen, wo sie hingehören, gibt es gleich zwei Seminare zur Pressearbeit, die für alle Interessierten konzipiert sind.

In unseren Seminaren sind auch zukünftig-eventuelle Rats- und Ausschussmitgliedern selbstverständlich herzlich willkommen. Eine Übersicht über das gesamte Angebot und noch viel mehr gibt es in dieser Ausgabe.

Angregende Lektüre, viel Erfolg und ein zauberhaftes 2009 wünschen euch der Vorstand und das Team der GAR NRW.

**Dunja Briese**

– Redaktion –

### inhalt

#### GAR aktuell

Frauen in den Rat! .....	3
Klimaschutz bleibt Grüne Zukunftsaufgabe .....	4
Die GAR wünscht ein zauberhaftes 2009 .....	7

#### personalia

Markus Schnapka in Bornheim .....	8
Linda Michalek & Mona Neubaur .....	8

#### Forum

Auf zum Endspurt. Kommunalwahl 2009 .....	9
Grüne zwischen Pragmatismus und programmatischer Klarheit .....	10
Erfolgreiche grüne Kommunalpolitik .....	12
Grüne Politik ist ganzheitliche Politik .....	14
Neue Wahlen, neue Chancen .....	16
Warum Politik die Frauen braucht .....	19
Jung & Grün zur Ratskandidatur .....	20
Kommunopoly – Jugend regiert in Grünstadt .....	22
Welcher Typ BürgermeisterIn gefragt ist .....	23

#### politik qualifiziert

Zentrale Seminare der GAR NRW .....	25
Grüne Pressearbeit vor Ort .....	26

#### service/info

Grüne Ziele der Landschaftsverbände .....	28
---	----

#### rezension

Recht der Ratsfraktionen .....	29
Locations II .....	29

#### GARnet

Qualität im digitalen Wettbewerb .....	31
--	----

### impresum

Forum Kommunalpolitik erscheint viermal im Jahr und wird an die Mitglieder der GAR NRW kostenlos abgegeben. Der Abonnentenpreis für Nicht-Mitglieder beträgt 18,40 € inklusive Versandkosten. Der Einzelpreis beträgt 5 €. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der GAR NRW wieder. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge in gekürzter Form abzdrukken. Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion und unter Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: GAR NRW, Grüne/Alternative in den Räten NRW  
Jahnstr. 52 · 40215 Düsseldorf · Fon: 0211-38476-0  
E-mail: info@gar-nrw.de · Web: www.gar-nrw.de

Redaktion, V.i.S.d.P: Dunja Briese, Fon: 0211-38476-16, briese@gar-nrw.de

Redaktionelle Mitarbeit: Volker Wilke (-13)

Anzeigen: Dunja Briese (-16)

Layout: Roland Lang  
Titelabbildung: Grüne NRW  
Fotos: Dunja Briese (S. 3)  
Sepp Daxenburger (S. 13)  
Birgit Müller (S. 9, 15, 18, 21)  
Volker Wilke (S. 4, 5)  
Druck: TIAMATdruck GmbH, Düsseldorf  
ISSN: 1616-4806

Nächsten Ausgabe: „Kommunale Energiepolitik“  
Redaktionsschluss: **23.02.2009**

## Ratsfrauentreffen der GAR NRW

# Frauen in den Rat!

Am Samstag, dem 27.09.2009, fand das traditionelle Ratsfrauentreffen der GAR NRW in den Räumen des Landschaftsverbands Rheinland in Köln statt. Es ging darum Frauen, die auf dem Sprung in den Rat ihrer Stadt sind, zu unterstützen. Unser Aufruf fand große Resonanz: Rund dreißig Frauen waren gekommen. Sie gingen gut gelaunt, voller Elan und Tatendrang. Zu einer Ratskandidatur?

Den Auftakt machte die Landesvorstandssprecherin Daniela Schneckenburger. Sie stellte die Eckpfeiler der Grünen Kommunalwahlstrategie vor: Nachhaltig, gerecht und vielfältig, so lautet die Kurzformel der grünen Programmatik, die auf den Seiten 16 bis 18 dieser Ausgabe ausführlich dargestellt wird.

Barbara Steffens, die frauenpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, empfahl Inhalte mit der persönlichen Perspektive zu verbinden: Bleibt authentisch und macht nicht mehr als drei Schwerpunkte zu euren Herzblutthemen. Der „Genderblick“ sollte jedoch immer über den Tellerrand quer durch alle Themen gehen und in den Bausteinen des Kommunalwahlprogramms fest verankert sein. Die Frauenreferentin des grünen Landesverbandes Angela Hebler erläuterte, wie die Ratsarbeit in den Gremien der Grünen mit dem Frauenstatut gestaltet werden kann, denn nach wie vor sind Frauen in den politischen Gremien deutlich unterrepräsentiert. Weitere Instrumente wie das Landesgleichstellungsgesetz, kommunale Frauenförder- bzw. Chancengleichheitspläne und der Genderblick auf den städtischen Haushalt fördern geschlechtergerechtes Handeln in der Kommune und in der kommunalen Verwaltung.

Anne Peters, Ratsfrau in Goch, Mitglied im Kreistag Kleve und im LVR, machte sich für eine Frauenoffensive stark. Gerade neue Frauen können leicht außen vor gelassen werden und schon sind die

Pflichtausschüsse und Aufsichtsräte der GmbHs fest in anderer Hand. Doch alles lässt sich lernen. Mit fachlichem Fundament und politischem Instinkt kann es mit Siebenmeilenstiefeln voran gehen.

Die Kölner Bürgermeisterin Angela Spizig verwies auf die traditionell starke Rolle der Frauen in der Geschichte der Rheinmetropole, die mit starken grünen Frauen in der Fraktionsspitze weiter fortgesetzt wird. Allerdings haben sich auch in Köln frauenpolitische Instrumente wie die quotierte Redeliste bewährt. Angela Spizig fordert eine grüne Anerkennungskultur, damit Stärken erkannt und Gemeinsamkeiten sichtbar werden, denn der politische Gegner sollte da sein, wo er hingehört, auf die andere Seite.

Die Mülheimer Ratsfrau und ehemalige Bürgermeisterin Annette Lostermann-De Nil gab Empfehlungen zur erfolgreichen Bürgermeisterinnenkandidatur. Ein guter Zeitplan und ein gutes Team, das an der richtigen Stelle für Unterstützung sorgt, sind zentrale Grundpfeiler. Dann kann eine Kandidatur gut bewältigt werden und Spaß machen.

Schließlich haben grüne Frauen schon viel erreicht und werden auch wegen dieser Erfolge gewählt. Frauen wollen durch starke Frauen vertreten sein. Doch neue sollten sich auch die Zeit nehmen, die sie brauchen, um in ihre Rolle hineinzuwachsen.

Und nun, auf zur Tat... auf in den Rat!

*Dunja Briese*



## Kongressbericht: Klima Kommunal

# Klimaschutz bleibt Grüne Zukunftsaufgabe

Der Klimaschutz ist zu einem Leitmotiv der nationalen und internationalen Politik geworden. Die Bundesrepublik und Europa haben sich auf ehrgeizige Ziele zur Reduzierung der Treibhausgase verpflichtet. Doch ist die Wende in den Kommunen angekommen?

Rund 160 meist fachkundige TeilnehmerInnen waren am 25. und 26. Oktober 2008 nach Münster gekommen, um den „Aufbruch ins klimaneutrale Zeitalter“ voranzubringen. Der Kongress „Klima-Kommunal“ zeigte, dass es in allen Bereichen kommunalen Handelns gute Beispiele gibt. Eine umfassend angelegte Klimaschutz-Politik bleibt jedoch eine grüne Zukunftsaufgabe.

*Silke Inselmann vom Team der Heinrich-Böll-Stiftung macht die Ohren munter.*



### Gute Beispiele ...

Bereits in der einleitenden Plenums-Diskussion zeigt Dr. Reinhard Loske, Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa in Bremen, dass der notwendige Richtungswechsel möglich, aber langwierig ist. Beispielhaft in vielerlei Hinsicht ist die schwedische Gemeinde Våxjö, die sich selbst als „Europas grünste Stadt“ bezeichnet.

Die Umweltbeauftragte So Hie Kim-Hellström beeindruckte durch ihren Vortrag: Schon in den 70ern wurden hier die Gewässer saniert, seit den 80ern beruht die gemeindeeigene Energieversorgung auf Biomasse, gesteuert wird die Kommunalpolitik durch ein Umweltmanagementsystem und durch ein Öko-Budget. Bis 2010 soll die CO<sup>2</sup>-Bilanz, gemessen an 1993, um 50% verbessert werden. Doch es brauchte 40 Jahre konsequenter Umweltpolitik, um zu so respektablen Ergebnissen zu kommen.

Gemessen daran stehen die meisten Kommunen in Deutschland noch am Anfang. Dies beginnt schon bei den Klimabilanzen: Sie sind, kritisierte der Hannoveraner Umweltdezernent Hans Mönninghoff, häufig unehrlich und – mangels Standards – untereinander schwer vergleichbar. Noch lassen sich die deutschen Kommunen, die eine umfassende, strategisch formulierte und durch Klimabilanzen evaluierte Klimaschutzpolitik betreiben, an zwei Händen abzählen.

Peter Finger, grüner OB-Kandidat aus Bonn, hält hierfür eine politische Version wie „100% erneuerbare Energie bis zum Jahr X“ für unbedingt notwendig. Ob dies auch in Großstädten ein realistisches Ziel ist? Mönninghoff zweifelte.

### ... und großer Nachholbedarf

Großen Nachholbedarf sieht auch Robert Spreter von der Deutschen Umwelthilfe: Es wäre unverständlich, wenn eine Gemeinde heute noch auf ein zeitgemäßes Energiemanagement verzichte. Und zu jeder Bauleitplanung gehöre zwingend ein Energiekonzept. Ähnlich argumentierte Wolfgang Teubner vom ICLEI: Klimaschutz müsse Querschnittsaufgabe für kommunales Handeln sein. Auch unpopuläre Maßnahmen, wie die City-Maut, müssten angegangen werden, die im Vorfeld zwar meist nicht

mehrheitsfähig sind, aber nach der Einführung akzeptiert würden.

Damit war die Frage nach dem Verhältnis zwischen ökologischen Notwendigkeiten und demokratischer Entscheidungsfreiheit auf dem Tisch: Ob Klimaschutz kommunale Pflichtaufgabe werden sollte? Joachim Lorenz, Umwelt- und Gesundheitsreferent in München, befürwortet dies. Insbesondere Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept könnten Klimaschutz-Maßnahmen nur so finanzieren. Hans Mönninghoff jedoch glaubt nicht an die Wirkung: Bei kommunalen Pflichtaufgaben ginge es meist mehr um das „Wie“ als um das „Was“. Und der Deutsche Städtetag, in der Abschlussdiskussion durch Axel Welge vertreten, spricht sich gegen diese Pflichtaufgabe aus, bis eine angemessene Finanzierung sichergestellt ist.

Auch die Frage nach der Zulässigkeit staatlicher Vorgaben entzweite die Gemüter: Ist es vertretbar, einen Anschluss- und Benutzungszwang für die Fernwärme zu verordnen, wie in Rostock? Da bei der Stromerzeugung ohnehin Abwärme entsteht, ist es nur logisch, sie zu verwenden. Und im Einzelfall sind auch noch effizientere Lösungen möglich.

## Viele Handlungsfelder

Klimapolitik ist, zumal kommunal, ein echtes Querschnittsthema, das viele Bereiche des kommunalen Handelns berührt. Die wichtigsten wurden am zweiten Tag in Workshops vertieft:

- „Klimawandel, Kommunen und die soziale Frage“ diskutierte beispielsweise die Umgestal-

tung von Stromtarifen für sozial Benachteiligte. Nicht Sozialtarife – Senkung der Stromkosten für Arme –, sondern Stromspartarife wären die richtige Antwort, so MdB Markus Kurth. Er versteht darunter eine vergünstigte Basisversorgung; wer mehr Strom als andere verbraucht, zahlt dafür dann auch mehr. Eine andere Gestaltung der Stromtarife müsste allerdings zentral geregelt werden, da sie in Zeiten des liberalisierten Energiemarktes sonst auf dem Markt nicht durchsetzbar wäre. Marlis Bredehorst, Umwelt- und Sozialdezernentin aus Köln, belegte an vielen Beispielen ihre These „Die klimagerechte Stadt ist gut für Arme“.

- „Das Klima ändert sich. Und Wir?“ stellte sich der Frage, was Kommunen leisten können, um BürgerInnen zum klimaverantwortlichen Handeln zu motivieren. Da ist die kommunale Ausgangslage sehr unterschiedlich. Während Münster eine aktive Bürgerbeteiligung zum Klimaschutz schon lange fest verankert, würde mancher Sozialdemokrat im Ruhrgebiet immer noch gerne einen Kumpel vor jede Solaranlage stellen. Die Essener Beigeordnete für Umwelt und Bauen, Simone Raskob, muss daher noch aufholen und setzt dabei vor allem auf Innovationen in der Kernverwaltung.

- „Verkehrswende adé – oder jetzt erst recht?“ war die provokante Ausgangsfrage im dritten Panel. Denn der Verkehrssektor ist aus verschiedenen Gründen besonders sperrig. Die Zunahme des Verkehrs wird überregional erzeugt; lokal sind vor allem die Siedlungsstrukturen verkehrserzeugend. „Die Siedlungsstruk-

*Und der Kongress macht munter mit.*



turen sind die Kohlekraftwerke des Verkehrs“ formulierte Michael Adler, Chefredakteur des VCD-Organs „fairkehr“, bereits im Plenum. Prof. Heiner Monheim setzte ambitionierte Ziele für eine Verkehrswende dagegen.

- ❑ „Kommunale Strategien für die Energiewende“ setzte auf die Bausteine Kraft-Wärme-Kopplung, Solarenergie und Gebäudesanierung, die zu einer Gesamtstrategie zusammengefügt werden müssen. Hier heißt es: Prioritäten setzen ohne sich in ineffektiven Einzelmaßnahmen zu verzetteln.
- ❑ „Die grüne Kommune – Stellschrauben für den Klimaschutz“ unternahm den Versuch einer Gesamtschau auf die kommunale Klimapolitik. Für Hans Mönninghoff ist ein verbindliches Aktionsprogramm ebenso wichtig, wie die Definition langfristiger Ziele. Gerhard Jocksch aus Münster hob die Notwendigkeit kommunaler Eigenbetriebe als Schlüsselmerkmal hervor: Eigene Stadtwerke, ein leistungsfähiger ÖPNV und kommunale Wohnungsunternehmen geben der Kommune erst die Hebel zum wirksamen Handeln in die Hand.
- ❑ „Klimaschutz und Stadtentwicklung“ richtete den Blick auf die Siedlungsstrukturen. Welche Möglichkeiten bieten Stadt- und Verkehrsplanung um langfristig auf klimaverträgliche Formen des Wohnens, Arbeitens und der Mobilität umzusteigen?

## Weichenstellung ins klimaneutrale Zeitalter

Das Abschlussplenum war auch Anlass für die Diskussion der „Münsteraner Erklärung: Städte und Gemeinden als Vorreiter für den Klimaschutz“, die bislang von über 30 Persönlichkeiten aus der grünen Politik unterzeichnet wurde. Sie enthält konkrete Umsetzungsschritte für eine konsequente und zukunftsorientierte lokale Klimapolitik.

Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, machte deutlich, dass der Klimaschutz in den vor uns liegenden Zeiten weiterhin umstritten ist. Die Finanzkrise werde absehbar in die Frage münden, wie viel Klimaschutz wir „uns noch leisten“ könnten. Angesichts knapper finanzieller Mittel gehe es jedoch umso mehr um eine Richtungsentscheidung: In welche Zukunft investieren wir?

Gerhard Jocksch unterstrich vor allem drei Aspekte der Erklärung: Die Bedeutung einer starken kommunalen Selbstverwaltung und kommunalen Eigentums; die Notwendigkeit einer bewussten politischen Strategie und schließlich die Etablierung einer klimagerechten Lebensart als gesellschaftlichem Leitbild.

Bärbel Höhn formulierte Aufgaben für die Bundespolitik, beispielsweise müsse der Energiepass auf Grundlage des Bedarfs verbindlich werden. Um die Gebäudesanierung voranzubringen, seien neue Finanzierungsinstrumente notwendig.

Dr. Klaus Müschen vom Umweltbundesamt formulierte eine Reihe von Aufgaben für die kommunale Klimapolitik:

- ❑ gute Beispiele kommunizieren
- ❑ klimagerechtes Verhalten belohnen und fördern
- ❑ die Kontrollmöglichkeiten, die kommunale Behörden haben, konsequent nutzen
- ❑ Kooperationen insbesondere zwischen Stadt und Umland und innerhalb von Regionen stärken
- ❑ und schließlich neben dem vorbeugenden Klimaschutz auch auf den schon absehbaren Klimawandel reagieren.

Daniela Setton, die für die KlimaAllianz die Kampagne gegen den Neubau von Kohlekraftwerken koordiniert, forderte, die Münsteraner Erklärung um dieses Thema zu erweitern. Falls die Neubaupläne Wirklichkeit würden, seien die deutschen Klimaschutzziele auf lange Zeit hinaus unerreichbar. Die Kommunen hätten durchaus Möglichkeiten, neue Kohlekraftwerke über die Bauleitplanung zu verhindern. Bärbel Höhn wiederum, die die Ablehnung der Investition in Kohlekraftwerke teilt, hält das Emissionsschutzgesetz für das bessere Instrument.

Die „Münsteraner Erklärung“ ist nicht für die Ewigkeit geschrieben, sondern soll diskutiert und weiterentwickelt werden. Dies ist auch online möglich unter

■ <http://www.boell.de/oekologie>

## Wege ebnen

Insgesamt bot der Kongress spannende Debatten, und so sind die meisten TeilnehmerInnen mit neuen Anregungen und Impulsen für ihre Politik vor Ort wieder nach Hause gefahren. Allerdings hätten sich die VeranstalterInnen eine noch regere Teilnahme von kommunalpolitisch Aktiven aus der Fläche gewünscht.

Es bleibt noch viel zu tun, um den Klimaschutz zu einem Standard für Kommunen zu machen; eine Vorreiterrolle der Grünen, wo immer sie Einfluss haben, kann und muss den Weg dorthin ebnen.

**Wolfgang Pohl**

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

Die Kongressbeiträge und weitere Dokumente gibt es unter [www.boell.de/oekologie](http://www.boell.de/oekologie)

**Hex, hex,**

**immer einen guten Rat im Hut parat.**



**Die GAR NRW  
wünscht euch  
ein zauberhaftes 2009!**



## Beigeordneter für Kinder, Jugend, Familie, Soziales

# Markus Schnapka in Bornheim

Viele kleine Ortschaften mit krummen Fachwerk, stolzen Kirchen, kleinräumigen Feldern. So sieht es im rheinischen Vorgebirge aus. Dort liegt auch Bornheim. Die Gemeinde mit 50.000 Einwohnern ist seit dem 01.10.2008 das neue Aktionsfeld von Markus Schnapka.

„Noch einmal acht Jahre in die Vollen,“ meint der 57-jährige, der einstimmig zum Beigeordneten für Kinder, Jugend, Familie, Soziales, Schule und Weiterbildung gewählt wurde. Einstimmig deshalb, weil die knappe Mehrheit des regierenden bunten Bündnisses aus SPD, UWG und Grünen bei der Wahl unter sich blieb: CDU und FDP nahmen an der Abstimmung nicht teil. Aber immerhin machten beide Oppositionsfraktionen deutlich, dass sie damit nicht die Qualität und Eignung anzweifeln wollten. Sie nahmen das Auswahlverfahren und den Bürgermeister Wolfgang Henseler (SPD) aufs Korn und protestierten mit Abwesenheit. Vor allem für die CDU war es sicher schmerzhaft, dass das Bunte Bündnis, das bei der letzten Kommunalwahl eine über

40-jährige CDU-Herrschaft knackte nun Sach- und Personalpolitik durchsetzt.

Markus Schnapka freut sich auf die Aufgaben und die Zusammenarbeit mit einem engagierten Verwaltungsteam: „Die Themen sind die gleichen wie in vielen anderen NRW-Kommunen: Ausbau von Ganztagschulen vor allem im Sekundarbereich I, mehr Plätze und bessere Qualität im Elementarbereich, differenzierte SeniorInnenarbeit, praktisches und wirkungsorientiertes Gender-Mainstreaming, multikulturelle Integration, emanzipatorische Erwachsenenbildung, zukunftsorientierte Kompensation der Hartz IV-Lasten. Bei einem Nothaushalt sind diese Ziele nur mit Kreativität und Mut zur Prioritätensetzung zu erreichen.“

Durch diese Entscheidung kehrt ein Grüner, der seine Kindheit in der Nachbargemeinde Alfter verbrachte, auch in seine Heimat zurück.

*Ende gut, alles gut? Wir wünschen Rebellenblut (schmackhaften Wein), Erfolg, Glück und eine gute Kondition!* (DB)



## Die Neuen der Heinrich-Böll-Stiftung NRW

# Linda Michalek & Mona Neubaur

Zwei Frauen, ein Ziel: Die Heinrich Böll Stiftung NRW in einem neuen Zeitalter weiterführen. Jung, emanzipiert, offen für neue Technologien...

Linda Michalek 26 Jahre (Foto oben) und Mona Neubaur 31 Jahre, beide Geisteswissenschaftlerinnen und mit dem Grünen Umfeld in NRW bestens vertraut. Mona Neubaur, vor ihrer Zeit bei der Stiftung in der alternativen Energiewirtschaft tätig, mischt sich an der Düsseldorfer Parteispitze in die Politik ein, Linda Michalek gestaltete bisher die Grüne Jugend NRW mit. Natürlich verfolgen beide ihr Ziel auf ganz unterschiedliche Art.

Neubaur will die CO2-Bilanz der nordrhein-westfälischen BürgerInnen mindestens halbieren und dabei den Blick in die Welt nicht vergessen. Ein Land der Beteiligung, mit BürgerInnen die Lust auf Einmischung haben, ist ihr weiteres Ziel.

Michalek will den Einfluss von Jugend und Frauen verdoppeln. Das vielschichtige Klimaprogramm, und dass die Böll-Marke LADIES LUNCH nun auch in NRW etabliert wird, ist richtungsweisend.

Initiiert und begleitet wird der Änderungsprozess vom letzten verbliebenen Altvorderen, Hermann Strahl. Die gute Seele der Stiftungsverwaltung, Gabi Demling, und Strahl werden 2010 die letzten des altbekannten Teams sein. So wird die Stiftung in NRW bald andere Gesichter haben und doch ihr Gesicht behalten.

2009 steht das Programm im Zeichen von Bildung, beruflicher Bildung und Hochschulpolitik. Bildung ist Grundbedingung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir wollen den grenzüberschreitenden Diskurs zwischen Wissenschaft, Verbänden und Politik fördern. Sei es die „Schulbildung vor Ort“, der Weg in und durch die Ausbildung oder die hochschulpolitischen Belange. Der Weg in die Wissensgesellschaft lässt Bildung und Wissen zu Schlüsselressourcen werden.

*Zum behutsamen Aufbruch wünschen wir Durchblick, Ausdauer und Tatkraft.*

(DB)





## Kommunalwahl 2009

### Zeit für Grün

Neue Wahlen, neue Chancen. Ein wahres Wahlmarathon steht 2009 bevor. Es gilt das sehr gute Wahlergebnis der vergangenen Kommunalwahl von 10,3 Prozent zu verteidigen oder auszubauen. Derzeit stehen die Grünen als Player für zukunftsfähige Inhalte und als Bündnispartner für neue Konstellationen mitten im Geschehen, denn das aktuelle Parteienkarussell hat die Grünen in den Mittelpunkt möglicher Koalitionskonstellationen gerückt. Jetzt kommt es darauf an als soziales und ökologisches Korrektiv mit programmatischer Klarheit zu überzeugen.

Wir machen uns daher auf zum Endspurt und haben Beobachter und AkteurInnen um schlagkräftige Argumente zur Kommunalwahl 2009 gebeten.

Hans Jürgen Hoffmann vom Psephos-Institut macht mit aktuellen Prognosen zur Zukunft der Grünen den Aufschlag. Er umreißt die grüne Zukunftsaufgabe als Drahtseilakt zwischen pragmatischer Scharnierfunktion als Mehrheitsbeschaffer und programmatischer Klarheit als politisch-ökologisches Korrektiv. Sepp Daxenberger, der in den vergangenen zwölf Jahren als Bürgermeister die Geschicke der Gemeinde Waging am See im tiefsten Oberbayern lenkte, beschreibt die grüne Gestalterrolle mit Kopf und Herz. Sylvia Löhrmann lenkt den Blick von der Machtfrage zum politischen Inhalt, denn überzeugende Inhalte und klare Ziele sind nun mal die Trümpfe grüner Politik. Daniela Schneckenburger hat die grünen Themen der Zukunft drauf und umreißt die grüne Route unter Berücksichtigung der aktuellen Gemeindeordnung. Wibke Brems wirft die Frage auf, ob Frauen die Politik brauchen? Ihre unmissverständliche Antwort lautet, dass die Politik die Frauen braucht! Matthie Bolte hat als Grünschnabel mit zarten achtzehn Jahren ein Ratsmandat angetreten. Er beschreibt seinen Weg zum kommunalpolitischen Fundament. Dr. Andreas Osner beantwortet, was die Bertelsmann Stiftung zu der Frage „Welcher Typ BürgermeisterIn ist gefragt?“ herausgefunden hat.

## Grüne Prognosen

# Grüne zwischen Pragmatismus und programmatischer Klarheit

**Hans-Jürgen Hoffmann**  
Geschäftsführer des  
PSEPHOS-Institut,  
Hamburg/Berlin

War da nicht etwas? Nicht einmal ein dreiviertel Jahr ist es her, dass sich mit der Bildung der ersten „schwarz-grünen“ Koalition auf Ebene eines Bundeslandes – auch wenn es „nur“ der Stadtstaat Hamburg ist – neue Konturen im Parteiensystem abzeichneten. Das hansestädtische Bündnis von CDU und Grünen, das die ersten großen Klippen einer Zusammenarbeit – Bau des Kohlekraftwerks Moorburg, Elbvertiefung – erst einmal erfolgreich umschiffte hatte, wird inzwischen öffentlich kaum mehr als „Modell“, etwa für die Bundesebene, diskutiert. Schließlich ist auch die Grüne Parteispitze nicht gerade offensiv mit dieser Option umgegangen, die so neu nicht ist, wenn man die kommunale Ebene in NRW mit in Betracht zieht.

### Auf der Oppositionsbank

Dabei war es bemerkenswert, wie sich die Grünen nach dem Ende des rot-grünen „Projekts“ auf Bundesebene zunächst als Opposition stabilisiert haben.

Die Machteinbuße im Bund, der die Mehrheitsverluste für die Koalitionen von SPD und Grünen in den beiden Ländern Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen im ersten Halbjahr 2005 vor-

angegangen waren, bedeutete zunächst, dass die Grünen nirgendwo mehr an einer (Landes- oder Bundes-) Regierung beteiligt waren. Ein Eintritt in Regierungsverantwortung gelang dann erst wieder in den zwei Stadtstaaten Bremen (2007) und eben Hamburg (2008). Die Einbindung in die rot-grünen Koalitionen im Bund 1998 bis 2005 hatte die strukturellen die thematisch-inhaltlichen und auch die strategischen Probleme offen gelegt, wenn nicht sogar verschärft, denen die Grünen ausgesetzt sind, seit sie als Partei im System der parlamentarischen Demokratie agieren. Und diese Problembündel bildet auch die Ausgangslage der Grünen in NRW für das Wahljahr 2009 mit Blick letztlich auf die Landtagswahl 2010. Es birgt Risiken genauso wie Chancen.

### In der Zwickmühle

Betrachtet man die Wählerstrukturen, sind die Grünen zwar von den Mitgliedern und auch von den WählerInnen her weiterhin die „jüngste Partei“ im parlamentarischen Spektrum. Doch strömt das Jung- und Erstwählerpotenzial als Mobilisierungsquelle schon länger nicht mehr so quasi „automatisch“ wie in den Anfängen der achtziger Jahre. Die Grünen-Wählerschaft „wird älter“ und hat den Schwerpunkt inzwischen bei der mittleren Alterskohorte der 40- bis 50-Jährigen.

Auch die essenziell zur Entstehungsgeschichte der Grünen gehörenden wahlstrukturellen Rekrutierungsschwerpunkte – bei formal höher Qualifizierten, bei Hochschullehrern und Studierenden, bei Intellektuellen und Lehrern, bei Selbstständigen und Beamten – vor allem in den Großstädten und Metropolen bilden nach wie vor ein verlässliches Fundament, ohne dass man es sich allerdings leisten könnte, auf „die Fläche“ zu verzichten. Aber mit der Zeit gerieten die Grünen gerade in dieser Wählerschicht im Übrigen mehr und mehr in enge Konkurrenz mit der FDP.

In der Zwickmühle stehen die Grünen vor dem Wahljahr 2009 auch thematisch: Sie haben das Mobilisierungs- und Deutungsmonopol für das Zukunftsthema Umweltschutz verloren, mit der Folge, dass hierüber keine quasi-automatische Mobilisierung für die Partei mehr stattfindet. Zwar



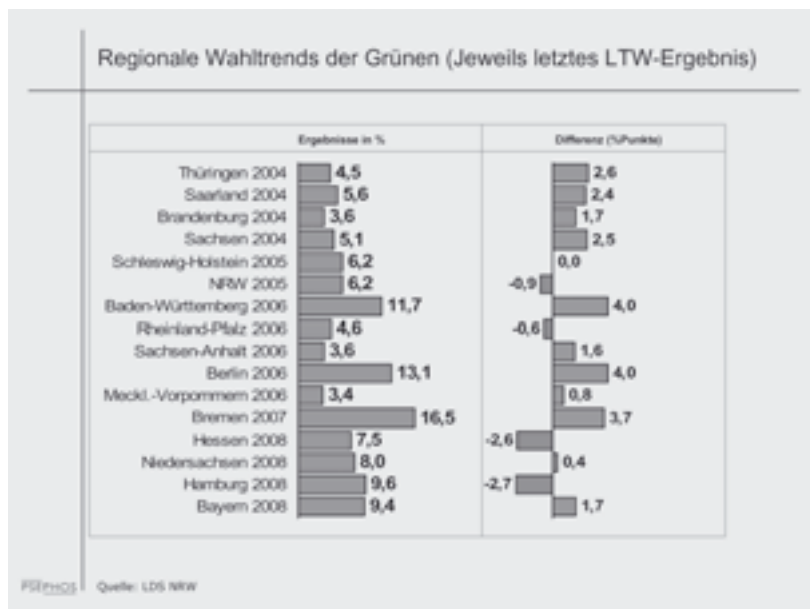
denken viele Wähler/innen, weit über das engere ökologisch orientierte Potenzial hinaus, in Umfragen nach wie vor spontan zunächst an die Grünen, wenn es um den politischen Kompetenzbereich Umwelt geht. Aber die politische Konkurrenz hat längst begriffen, dass Umweltschutz – ebenso wie die Bildungspolitik – ein Zukunftsthema ist und haben sich folglich eine ökologische Rhetorik zugelegt, wenn nicht gar mehr.

Hinzu kommt, dass die Konjunkturen des Themas Umwelt, wie etwa vor kurzem das heftige Aufblenden der Klimaschutzdebatte, schnell wechseln können. So wird es derzeit von der Finanzmarktkrise stark in den Hintergrund gedrängt und kommt gerade einmal als Erfordernis von mehr Energieeffizienz oder CO<sub>2</sub>-Vermeidung im Rahmen von Konjunkturprogrammen vor. Aber nicht allein der Zeitgeist begrenzt eine erkennbare Beschäftigung mit dem Umweltthema auf Phasen wirtschaftlicher Prosperität und rückt in Krisenzeiten wie gegenwärtig wirtschaftspolitische Fragen, der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen und der Sicherung von Arbeitsplätzen, in den Vordergrund – es ist auch ein Verdienst der Grünen, dass ökologische Fragen zum Gemeingut ebenso wie zum Programmbestandteil anderer Parteien, etwa der Union, geworden sind. Und dort fast mehr noch als bei der SPD.

Gerade diese „Konfrontation“ – insbesondere wenn sie in einem schwarz-grünen Bündnis stattfindet – ist geeignet, bei manchen Wählern/innen, Anhängern und Mitgliedern der Grünen, die für viele nicht so leicht zu verkraftende Erkenntnis zu befördern, dass es bei der Umweltfrage nicht mit bloßen Bekenntnissen und persönlichen Lebensstilen getan ist, sondern dass letztlich eine Umsetzung in praktische (Regierungs-) Politik stattfinden muss, was wiederum kaum ohne Kompromisse gehen kann.

Schwierig ist für die Grünen ebenfalls die inhaltliche Profilierung über zwei weitere Themen, Soziales und Friedenspolitik, bei denen sie mit der Linken um ein teilweise identisches Wählerpotenzial kämpfen und wo die Linke, wie im Übrigen auch beim Umweltthema, ihre Radikalität und politische Rigidität betont und die grüne Konkurrenz gerne mal – etwa wegen Mitverantwortung für Hartz IV oder für den NATO-Einsatz gegen Serbien – des Verrats an den eigenen Idealen bezichtigt.

Gerade beim Thema Sozialpolitik und Arbeitsplätze sehen sich die Grünen speziell in NRW auch mit der CDU des Ministerpräsidenten konfrontiert, der sich seit seinem Wahlsieg 2005 – primär mit Häme gegenüber der SPD – etwas kokettierend als „Arbeiterführer“ geriert.



### Mehrheitsbeschaffer oder Korrektiv?

Die neuen Konturen, die das deutsche Parteiensystem spätestens seit der Bundestagswahl 2005 offensichtlich aufweist, führt zu erschwerten Mehrheitsbildungen auf Bundes- und Landesebene. Diese Ausgangssituation hat insbesondere die Grünen in den Mittelpunkt möglicher Koalitionskonstellationen gerückt – auch wenn sich die öffentliche Debatte vor dem Hintergrund der hessischen Verhältnisse speziell auf die Schwierigkeiten der SPD bei einer Zusammenarbeit mit der Linken fokussiert. Thematisch und soziostrukturell in der (bürgerlichen) Mitte angesiedelt, wird den Grünen vor diesem Hintergrund eine Funktion „als Scharnier des deutschen Parteiensystems“ (Franz Walter in SPIEGEL Online) zugewiesen. Das künftige Abschneiden der Grünen, auch in NRW, wird ganz entscheidend davon abhängen, dass sie diese Funktion annehmen und wie sie mit ihr umgehen, sie ausgestalten: Ob sie versuchen, dem vermeintlichen „Würgegriff der Mitte“ (ebenfalls Franz Walter) auszuweichen, um sich nicht dem möglichen Vorwurf auszusetzen, gewissenloser Mehrheitsbeschaffer um der Teilhabe an der Macht willen zu sein. Oder ob die Grünen die Chance wahrnehmen, zwischen Pragmatismus und programmatischer Klarheit als politisch-ökologisches Korrektiv zu agieren.



## Grüne Grüße aus Bayern

# Erfolgreiche grüne Kommunalpolitik

*Sepp Daxenberger  
Fraktionsvorsitzender der  
Grünen im bayrischen Landtag*

Die letzten zwölf Jahre war ich Bürgermeister in meiner Heimatgemeinde Waging am See – im tiefsten Oberbayern. Als ich damals als Grüner zum 1. Bürgermeister gewählt wurde, war die Begeisterung groß – das Entsetzen aber nicht minder! Ich bin vor 12 Jahren nicht gewählt worden, weil ich Grüner war – sondern obwohl ich grüner war!

Ich bin heute nach wie vor begeisterter Kommunalpolitiker auch noch im Kreistag aktiv. Aber ich musste mich entscheiden, ob ich weiterhin Kommunalpolitik betreibe, oder mich auf die Landespolitik konzentriere. Der Bio-Bauernhof, den ich zusammen mit meiner Familie betreibe, steht nicht zur Disposition! Seit Oktober bin ich nun Fraktionsvorsitzender im bayrischen Landtag, doch für mich bleibt die kommunale Arbeit die Basis für erfolgreiche grüne Politik. Denn man kann nirgends so schnell und so direkt Grüne Politik umsetzen, gestalten und sie den Menschen begreifbar machen.

### **Kommunalpolitik zum Anfassen**

In Waging am See haben wir in den letzten 12 Jahren vieles an Grüner Politik umgesetzt. Oftmals, ohne es so zu benennen – denn wie heißt es so schön: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“! Als bayrischer Bürgermeister hat man große Entscheidungskompetenzen, aber man muss überzeugen können. Und um etwas tun und entscheiden zu können, muss man dabei sein! Wir Grünen stellten im Gemeinderat mit weiteren sieben grünen GemeinderätInnen – im 20-köpfigen Gemeinderat – die stärkste Fraktion, aber wir konnten nicht alleine entscheiden. Trotzdem waren etwa 90 bis 95 Prozent der Entscheidungen einstimmig. Häufig ist das eine Frage der Vorbereitung und der Vermittlung. Ich habe meine Aufgabe als Grüner Bürgermeister so verstanden, dass gute, umsichtige, nachhaltige, mehrheitsfähige, berechenbare, selbstbewusste und konsequente Politik gemacht werden sollte, wenn wir in der Verantwortung sind. Und das Schöne daran ist, diese Politik deckt sich mit Grüner Programmatik!

### **Kommunale Daseinsvorsorge**

Ich bin ein Anhänger eines starken Staates – und damit auch ein Anhänger starker und handlungsfähiger Kommunen. Kommunalpolitik kann man nicht nur erfolgreich machen, sondern Kommunalpolitik kann auch Spaß machen. Gerade dort, wo die Auswirkungen der Entscheidungen meist schnell und direkt nachvollzogen werden, ist Kreativität, Fantasie aber auch Mut gefragt. Eigenschaften, die uns Grüne auszeichnen und mit denen wir bereits in der Vergangenheit in vielen Kommunen erfolgreich waren. Um das umzusetzen habe ich vier Schwerpunkte gesetzt.

### **Mitmach-Demokratie**

Zunächst war es mir wichtig, die Gemeinde demokratischer zu machen. Mein Vorgänger hat mir eine wirtschaftlich stabile Gemeinde überlassen. Doch die Menschen hatten es satt, dass Entscheidungen in kleinen Mauschelgruppen gefallen sind und sie erst etwas mitbekommen haben „wenn der Bagger bereits vor der Türe gestanden ist“. Deshalb war es wichtig, die Menschen einzubinden.

Dafür habe ich den Begriff der Mitmach-Demokratie geprägt. Die Menschen bei der Entscheidungsfindung mitzunehmen und in die Abstimmungen einzubinden – mag zwar im Einzelfall anstrengend sein – jedoch unterm Strich ist das befriedigender und erfolgreicher. Ich kann schlecht von den Menschen verlangen, dass sie sich in und für die Gemeinde engagieren sollen, ihnen aber gleichzeitig die Möglichkeit der aktiven Beteiligung und Entscheidungsfindung vorenthalten. Deshalb war es mir wichtig den Gemeinderat als gewählte Vertretung ernst zu nehmen, ständig gut zu informieren und viele Beteiligungs-Möglichkeiten zu schaffen. Hier hat mir der Agenda 21-Prozess sehr geholfen. Konsequente Öffentlichkeitsarbeit, ein offenes Rathaus und das Anliegen der Menschen ernst nehmen, sind wichtige Bausteine. Eine Gemeinde kann nur so gut sein, wie ihre Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich einzumischen.

## Die soziale Gemeinde

Wo vor meiner Zeit einfach weggeschaut wurde oder die Verantwortung auf den Landkreis abgeschoben wurde, haben wir mit eigenständiger Sozialarbeit in der Schule und in der Jugendpflege Hilfe und Unterstützung geboten. Dieses hat die Gemeinde zwar Geld gekostet, jedoch bin ich überzeugt, dass ein Euro für Prävention später ein Vielfaches einspart.

Die Gesundheitsversorgung ist natürlich in den ländlichen Regionen immer ein Thema. Auch hier bin ich der festen Überzeugung, dass auf Dauer nur in kommunaler Trägerschaft gewährleistet werden kann, dass die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen.

## Ökologisch erfolgreich

Von einem Grünen Kommunalpolitiker erwarten die Menschen natürlich eine ökologische Politik. In Waging am See haben wir gerade hier Akzente gesetzt, von der ökologischen Bauleitplanung über Gewässerschutz bis hin zur Grünordnung. An einem Tourismus-Ort sind nachhaltige Tourismus-Konzepte sehr gefragt: Förderung des Fahrrad-Verkehrs, Verkehrsberuhigung in den Ortszentren und bessere Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz sind dafür nur einige Beispiele.

Ein umfassendes Energiekonzept war eines meiner ersten Projekte. Wir haben das Stromnetz übernommen, eine Nahwärmeversorgung aufgebaut, ein Blockheizkraftwerk und ein Biomasse-Heizwerk errichtet. Darüber hinaus haben wir Fördergelder für erneuerbare Energien und für Energiesparmaßnahmen an private Haushalte weitergegeben. Besonders stolz bin ich darauf, dass wir unsere Wasserversorgung wieder vollständig selbst übernommen haben, in dem wir entsprechende Schutzgebiete ausgewiesen haben.

## Wirtschaftlich erfolgreich

Ökologische und soziale Projekte kosten natürlich. Und auch im Freistaat Bayern fällt das Geld nicht vom Himmel. Ich habe daher immer vertreten, dass erfolgreiche Kommunalpolitik auf Dauer nur funktioniert, wenn die Gemeinde wirtschaftlich stark ist. Deshalb wurden zunächst unsere Eigenbetriebe als wichtiger wirtschaftlicher Faktor gestärkt. So konnten die Aufträge in der Region bleiben. Die Eigenbetriebe wurden unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt: Was sie erwirtschaftet haben, wurde grundsätzlich nicht in den Haushalt eingestellt, sondern für Investitionen eingesetzt.

Als Gemeinde im ländlichen Raum muss man genau schauen, im welchem Bereich Arbeitsplätze

möglich sind. Unser wichtigstes Standbein ist zweifellos der Tourismus, weiterhin sind Handel, Handwerk und Dienstleistung von Bedeutung. Wir haben deshalb bei der Frage von Ausweisungen – egal ob von Gewerbe- oder Baugebieten – konsequent nur Flächen ausgewiesen, die im Besitz der Gemeinde waren. Das verhindert Spekulation und hat uns die Freiheit geschaffen zu entscheiden, welches Handwerk, welchen Dienstleister, welches Gewerbe wir ansiedeln wollen – und welches eben nicht.

Als Marktgemeinde haben wir einen intakten Ortskern, den wir in den letzten zehn Jahren mit sehr hohem Aufwand saniert haben. Unsere Stärke ist dieser Ortskern mit allen Infrastruktur-Einrichtungen und Fachgeschäften. Eine Ansiedlung großer Discounter- und Fachmarkt-Zentren auf der grünen Wiese ist hier kontraproduktiv.

## Politik für Kopf und Herz

Ich bin stolz, dass ich meinem Nachfolger eine schuldenfreie Gemeinde übergeben konnte. Die „Pro-Kopf-Verschuldung“ liegt nicht nur bei null Euro – sondern wir haben Eigenbetriebe, wie die Gemeindewerke oder unser Alten- und Pflegeheim, die nun mit starkem Eigenkapital ausgestattet sind.

Mein Grundsatz war immer: „Die schwarze Null muss unter der Bilanz stehen – und nicht auf dem Bürgermeister-Sessel sitzen!“

Wenn wir politisch erfolgreich sein wollen, müssen wir auch die Lust und Freude an der Politik vermitteln. Wir müssen klarmachen, dass wir die Menschen, für die wir Politik machen, auch mögen. Gerade in der Kommunalpolitik kann man politische Zusammenhänge so anschaulich machen, dass die Menschen es verstehen. Und ebenso können wir gerade in der Kommunalpolitik die Menschen mitnehmen – auf unserem Weg in eine Grüne Zukunft! Unsere Konzepte funktionieren. Leisten wir einen Beitrag für die Zukunft der nächsten Generation.

*Der intakte Ortskern in Waging am See ist mit großem Aufwand saniert worden.*





Mit Inhalten punkten

## Grüne Politik ist ganzheitliche Politik

**Sylvia Löhrmann Mdl**  
Fraktionsvorsitzende  
von Bündnis 90/Grüne  
im Landtag NRW

**Schließen Sie eine Zusammenarbeit mit der Linken aus?**

**Schließen Sie Jamaika aus?**

**Können Sie mit der CDU oder nicht?**

In vielen Medien wird derzeit die Machtfrage vor die Inhalte gestellt. Das ist ja auch einfacher und leichter zu vermitteln. Doch nicht zuletzt das Beispiel Hessen zeigt: Die Frage nach Konstellationen und Koalitionen muss in den Hintergrund treten – ansonsten blockiert sich die Politik selbst und macht sich unglaubwürdig.

In dieser Phase der Politik, mit ihren Unwägbarkeiten und mit einer Auffächerung der Parteienlandschaft, in diesem Treiben der politischen Farbenspiele, schlägt unsere Stunde als Inhaltspartei umso mehr.

Mit klaren Inhalten kann eine Partei in jedem Gespräch mit jeder demokratischen Partei bestehen – und dann selbstbewusst entscheiden: Reicht das? Sind genug von unseren Inhalten im Koalitionsvertrag umgesetzt?

### Klare Inhalte

Mit klaren Inhalten kann eine Partei in Gesprächen und Verhandlungen nur gewinnen – weil sie die sachlichen Argumente auf ihrer Seite hat. Was jetzt für die Landes- und Bundesebene noch für Wirbel sorgt, ist auf der kommunalen Ebene nicht so neu. Da gab und gibt es ungewöhnliche Konstellationen, weil die Sache im Vordergrund steht. Das kann sich nun auch für die Landes- und Bundesebene ergeben. Mehr Inhalte, weniger Machtfrage. Ohne diese völlig auszuklammern. Denn klar ist auch: Ohne Macht haben auch die besten Inhalte nur wenig Chance auf Umsetzung. Dennoch bin ich mir sicher: In der bunteren politischen Farbenlehre liegt eine große grüne Chance. Wenn sich mehr und mehr verfestigt, dass man nicht mehr eine Koalition wählt, sondern eine Partei mit klaren Zielen, dann können auch wir von der Krise der Volksparteien viel stärker profitieren als bisher.

Denn sowohl die einen als auch die anderen haben in den unübersichtlicher werdenden Zeiten ihren Kompass verloren. Also gerade dann, wenn er am dringendsten gebraucht würde. Weder können die Sozialdemokraten die Bedingungen und

Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit durchbuchstabieren und Lösungsansätze aufzeigen, noch können die Christdemokraten mit ihrem Geisterfahrerkurs des mal links mal rechts Überholens ihre Anhängerschaft überzeugen. Von den Radikalmarxisten der FDP und den Vulgärmarxisten der SED-Nachfolgepartei „Linke“ ganz zu schweigen. Die versuchen nur, sich jeweils populistisch zu Einzelfragen zu produzieren – ohne ein stimmiges Gesamtkonzept bieten zu können.

### Vor Ort unter einem Dach

Ganz im Gegensatz zu uns Grünen. Wir debattieren, stellen Grundsatzfragen, und wir haben klare Antworten. Unser Eintreten für eine ökologische, emanzipatorische, gerechte und friedliche Welt. Das ist das Dach, unter dem alle Grünen stehen.

Das ist dann auch der eigentliche Maßstab für all unsere konkreten inhaltlichen Entscheidungen – vom Bund, über die Länder bis in die Kommunen.

Wobei meine Auffassung von Politik und Partei den umgekehrten Weg favorisiert: Von den Kommunen über die Länder zum Bund bis nach Europa.

Denn für mich entscheidet noch immer die Arbeit vor Ort, wie gut eine Partei aufgestellt ist. In den Städten und Gemeinden entstehen die Ideen, die wir aufgreifen und weiterentwickeln müssen. Die Kommunen sind unsere Ideen-Kraftwerke.

Hier haben die Menschen ganz konkrete Vorstellungen, wie ein gerechterer, ein ökologischerer, ein emanzipatorischerer Ort aussehen kann.

### Grüne Initiativen

In den Kommunen wird Politik für die Menschen konkret und spürbar – im Positiven wie im Negativen. Hier gelingt Integration, hier entstehen Bildungslandschaften, hier werden Klima- und Naturschutzkonzepte Wirklichkeit, hier wird die Armut konkret bekämpft, hier werden Schwimmbäder und Jugendzentren geschlossen, hier haben Junge und Alte Lebensräume – oder eben nicht.

Wenn wir von der weltweiten Herausforderung des Klimawandels sprechen, ist das zugleich Aufforderung und Herausforderung für jeden Ort dieser Welt. Konkret heißt das: Macht einen Klima-

schutzplan – und werbt damit. Wenn Angela Merkel von der „Bildungsrepublik Deutschland“ spricht und einen erfolglosen Bildungsgipfel veranstaltet, heißt das für uns Grüne: Vor Ort machen wir unsere Schulen besser – und damit können wir werben.

Wenn wir über die weltweite Versiegelung sprechen, dann ist zugleich ein hoher Anspruch an all unsere grünen Aktiven vor Ort: Stoppt die Betonierung, fangt mit der Entsiegelung an, schafft Grünraum und damit ein lebenswerteres Dorf, eine lebenswertere Stadt und werbt damit und dafür; holt möglichst viele Menschen mit an Bord.

Wenn im Landtag das Kinderbildungsgesetz beschlossen wird, dann sind es die Kommunen und die Menschen vor Ort, die es ausbaden müssen. Und dann geht es darum, mit grüner Initiative trotzdem gute Kindergärten und Kindertagesstätten vorzuhalten.

Wenn wir als Grüne Partei insgesamt die Verkehrswende fordern – wieder und wieder und unermüdlich – dann heißt es, das vor Ort mit Leben zu füllen. Wenn wir auf Fahrrad und ÖPNV setzen, dann darf es keine Denkblockaden geben. Egal auf wie viele Hindernisse in der Verwaltung alle schon gestoßen sind, egal, wie viele Menschen erst noch überzeugt werden müssen, es lohnt sich. Weil eine Verkehrswende insbesondere unsere Städte lebenswerter macht.

Uns Grüne zeichnet nicht nur unsere große Fachlichkeit aus, wir denken ganzheitlich und vernetzt: Umwelt, Klima, Kinder und Bildung, Verkehr, Wirtschaft hängen eng miteinander zusammen – und es wäre geradezu fahrlässig, diese Verbindungen nicht zu beachten.

Denn gerade vor Ort zeigt sich, wie sehr diese Politikfelder voneinander abhängig sind und zusammen gehören. Wenn eine Stadt kostenlose hochwertige Kita-Plätze anbieten kann, ist das ein Wirtschaftsfaktor. Das spricht junge Familien an. Das ist dann auch eine Antwort auf den demographischen Wandel. Und wenn wir den Autoverkehr drosseln und ÖPNV und Fahrräder stärken, dann sorgt das nicht nur für bessere Luft und weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß, sondern eben auch dafür, dass mehr Familien in die Städte kommen, dass der Schulweg weniger gefährlich ist, dass die Bevölkerung gesünder leben kann. Eine höhere Bildung kann auch zu einem höheren Bewusstsein für Umweltschutz und Klimawandel führen. Eine besser gebildete Region wird sich auch wirtschaftlich besser entwickeln als andere. Wenn in einer Stadt oder einem Dorf die Elementarbildung besonders gut gelingt, wird es dort eben auch eine größere Bildungsgerechtigkeit geben.

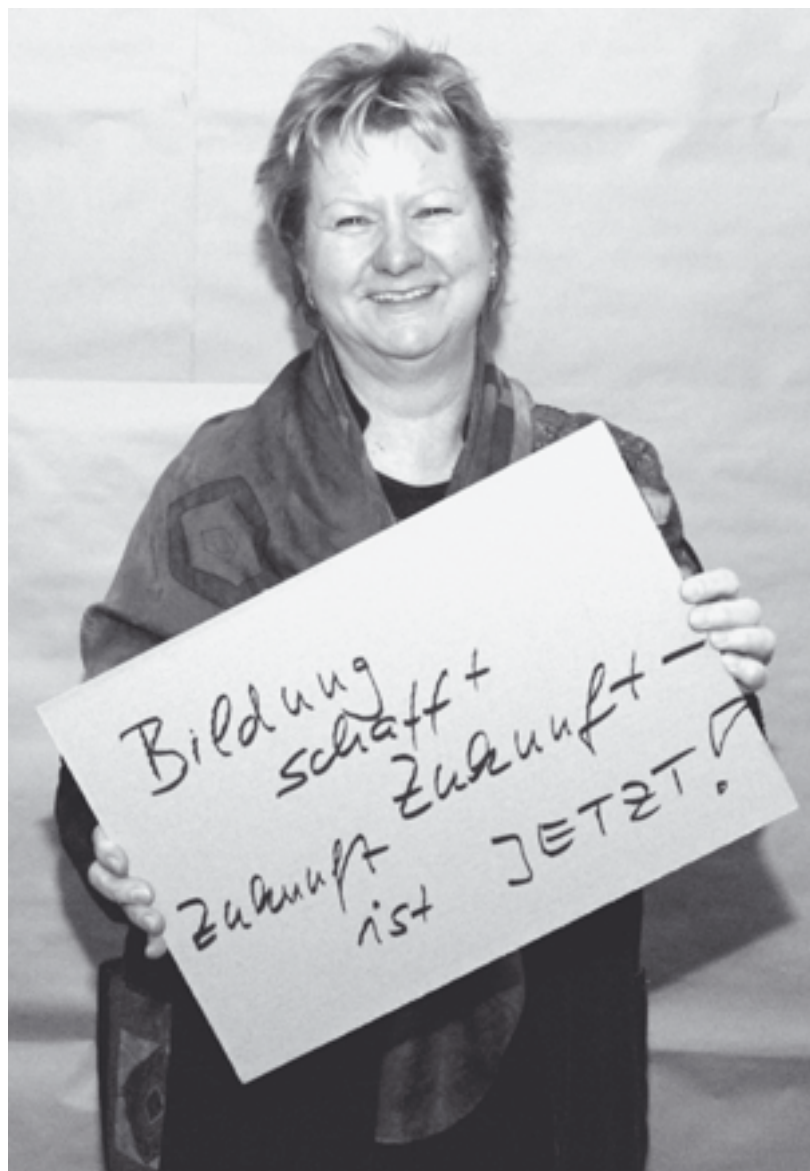
## Grün ist Ganzheitlich

Grüne Politik ist also immer ganzheitliche Politik. Das ist vielleicht manchmal mühsamer zu vermitteln, aber wir sollten nicht aufhören, unseren Wählerinnen und Wählern die Komplexität der Wirklichkeit zuzumuten.

Klare Inhalte sind nicht nur eine Chance. Sie sind auch Risiko: Mit klaren Inhalten und klaren Botschaften wird man leichter überprüfbar: Was haben wir durchgesetzt? Was nicht?

Dazu sage ich: Das ist auch gut so. Der Politik kann es nur gut tun, wenn die WählerInnen wissen, woran sie sind. Und wenn sie genau verfolgen können, wer was durchgesetzt hat.

Und dann kann man selbstbewusst auf Koalitionsfragen antworten: Wer mit uns Grünen koalieren will, der muss grüne Politik machen. Wer das nicht kann oder will, mit dem schließen wir eine Koalition aus.





**GRÜN vor Ort**

## **Neue Wahl, neue Chancen**

**Daniela Schneckenburger**  
Landesvorsitzende  
von B90/Die Grünen NRW

Noch wissen wir nicht, ob die nächsten Kommunalwahlen tatsächlich am 07. Juni 2009 stattfinden werden, doch alle Vorbereitungen dazu sind schon voll im Gange. Der Landesparteirat hat bereits im September eine kommunalpolitische Erklärung verabschiedet, die Kreis- und Ortsverbände haben ihre Fahrpläne für die Listenaufstellung und die Erstellung des Wahlprogramms abgestimmt und sind vielerorts mit anderen Parteien in Verhandlungen um die Frage der OB-KandidatInnen. Wir sind also bestens im Plan, um im Sommer eine neue Wahlperiode mit gestärkter grüner Beteiligung zu beginnen.

Es gilt das beste Ergebnis zu verteidigen oder sogar auszubauen, das wir je bei Kommunalwahlen hatten. So kamen die Grünen 2004 landesweit auf 10,3 Prozent, das sind 1.211 Mandate in den Räten und Kreistagen.

### **Nachhaltig, gerecht, vielfältig**

NRW kann vom CO<sub>2</sub>-Land Nr.1 zum Energieland Nr.1 für erneuerbare Energien und Energieeffizienz werden, wenn die kommunale Energiewende konsequent in Angriff genommen wird. Darum ist Energiepolitik und Klimaschutz ein zentrales Politikfeld, das vor Ort Chancen zu grüner Profilierung bietet.

Der Einsatz für die kommunale Energiewende reicht von Anreizen zur Energieeinsparung und dem vermehrten Einsatz effizienterer Energietechnik bis zum Kampf gegen die geplanten Kohlekraftwerke, vom massiven Ausbau erneuerbarer Energien bis zur Einführung von Schutzmaßnahmen gegen die Folgen des Klimawandels. So bleiben Aufgabe und Wertschöpfung in der Region.

In der kommunalen Bildungspolitik geht es darum, die Kinder in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. Gute Schulen werden vor Ort gemacht – und nicht im Düsseldorfer Schulministerium verordnet. Viele Kommunen haben sich in den vergangenen Jahren, weit über ihre eigentlichen Aufgaben als Schulträger hinaus, für ihre Schulen engagiert. Wir unterstützen Initiativen zur Gründung von Gesamtschulen und für den Ausbau von Ganztagschulen, wir suchen nach Lösungen für ein warmes Mittagessen an Schulen statt des „kahlen Ganz-

tags“, den CDU und FDP den Turbo-Abi-Kindern verordnet haben. Und schließlich: Mit uns geht es um Bildung von Anfang an – wir wollen den quantitativen, aber auch den qualitativen Ausbau guter Kindertagesbetreuung.

Wir setzen uns dafür ein, allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem sozialen Hintergrund und ihrem Alter zu besseren Lebenschancen zu verhelfen. Öffentliche Einrichtungen dürfen nicht als erste Opfer einer Rotstiftpolitik werden, die knappen Kassen geschuldet ist. Das Leben im Alter wollen wir stärker zum Thema der Kommunalpolitik machen.

Wir stehen für eine Stadtentwicklung, die auf attraktive Zentren setzt und flächenzerstörender Zersiedlungspolitik den Riegel vorschiebt. Wir setzen auf den konsequenten Ausbau eines weitgehend barrierefreien öffentlichen Nahverkehrs und auf Konzepte, die allen Menschen unabhängig von ihrem Einkommen den Zugang zur Mobilität ermöglichen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Kommunen die City-Maut oder solidarisch finanzierte Tickets erproben können.

Wir wollen, dass die Kommunen auch in Zukunft die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe in eigener Regie behalten. Die Grünen stehen daher für eine Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze und für eine Stärkung der Stadtwerke. Wir wollen eine Haushaltspolitik in der sich unsere politischen Prioritäten widerspiegeln: Klimaschutz, Bildung und soziale Stabilität haben für uns Vorrang.

All diese Ziele müssen begleitet werden durch eine moderne Politik für Frauen, die wir als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern begreifen.

Wir Grüne sind fest überzeugt: Wer Demokratie stärken will, muss die Entscheidungsmöglichkeiten der Menschen vor Ort verbessern. Für uns sind bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit wesentliche Bestandteile einer aktiven, demokratischen Zivilgesellschaft.

Unsere thematische „Roadmap“ zur Kommunalwahl ist darum klar: Als GRÜNE haben wir konkrete Projekte für Städte und Gemeinden in der Zeit von Klimawandel und steigenden Energiepreisen, in der Zeit von demographischem Wandel und Wissensgesellschaft. Lebenswerte Städte und gute Kom-

munalpolitik geht nun mal nicht ohne starke grüne Fraktionen. Und darum gilt: Grüne Politik muss 2009 weiter wachsen.

### Guter Service vom Landesverband

Die Kommunalpolitische Erklärung kann eine gute Grundlage für die Erstellung des Kommunalwahlprogramms sein, die dann noch um konkrete Themen eurer Stadt oder Gemeinde ergänzt werden sollte. Die Erklärung gibt es unter [www.gruene-nrw.de](http://www.gruene-nrw.de).

Auch auf der organisatorischen Ebene bietet der Landesverband erhebliche Unterstützung. Die Wahlkampagne mit Plakaten, Eindruckservice und Aktionstouren wird während des Winters mit den Kreisverbänden diskutiert und entwickelt. Im Februar soll feststehen, wie die Layoutlinie aussehen soll, welche Themen in den Mittelpunkt gerückt werden und welche Produkte wir unseren Mitgliedern anbieten. Darüber hinaus bietet die Kommunalwahl natürlich viel Raum für die Kreativität der Kreis- und Ortsverbände.

### Folgen der neuen Gemeindeordnung

Diese Kommunalwahl wird anders verlaufen, als die letzte. CDU und FDP haben mit der Änderung der Gemeindeordnung und der Abschaffung der Stichwahl die kommunale Demokratie vor Ort geschwächt. Die OB-Wahlen wurden von den Ratswahlen getrennt und finden in der Regel zum letzten Mal gemeinsam statt. Die Wahlperiode der OberbürgermeisterInnen und LandrätInnen wurde auf 6 Jahre verlängert.

Das hat Folgen für die strategischen Überlegungen in jeder Kommune, die bereits intensiv diskutiert worden sind und noch werden.

Eine taktische Herausforderung für alle kleineren Parteien ist die fehlende Stichwahl, die häufig zu einer Rückkehr des „Lagerwahlkampfes“ führt. Wenn grüne KandidatInnen antreten, haben wir die Chance auf eine gute Präsenz unserer Personen und Inhalte, werden aber nahe stehenden KandidatInnen anderer Parteien möglicherweise entscheidende Stimmen nehmen. Wenn wir nicht antreten, verringert sich unsere öffentliche Präsenz, aber es erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass die uns am nächsten stehende Partei als Siegerin hervorgeht.

Eine Entscheidung, die immer in Erwägung aller vor Ort wichtigen Einflussfaktoren gefällt werden muss – und die vor allem auch Bewegungsbereitschaft, insbesondere bei der SPD erfordert.

Auf jeden Fall ist es wichtig, offensiv und selbstbewusst mit den anderen Parteien in Verhandlungen zu treten, um die Möglichkeiten einer

## Bildung vor Ort gestalten!



### Kooperation – Integration – Qualität

**Bildung ist mehr als Schulunterricht! Aber was folgt daraus und welche Fragen stellen sich vor Ort?**

**Wie wird die Offene Ganztagschule zum Lebensraum? Wie können unterschiedliche Interessen und Fähigkeiten integriert werden? Wie kann die Kooperation mit lokalen TrägerInnen, wie Sportvereinen, gefördert und strukturiert werden?...**

Die Heinrich Böll Stiftung NRW

bietet ein **Bestellseminar**, um konkrete, lokale Antworten zu finden.

Das Seminar richtet sich an **KommunalpolitikerInnen, alle Beteiligten in Schulen und MitarbeiterInnen in Verwaltungen.**

#### ReferentInnen

Dr. Manfred Beck (Dezernent für Kultur, Bildung, Jugend und Sport in Gelsenkirchen)  
Martina Wolf-Sedlatscheck (Dipl.-Päd. mit langjähriger Erfahrung im Kreis Paderborn)

Weitere Absprachen über Ausrichtung, Gebühr und Termin mit

**Heinrich Böll Stiftung NRW**  
Linda Michalek

Huckarder Straße 12  
44147 Dortmund

„Nominierungskoalition“ – die die neue Gemeindeordnung im Gegenzug zur Abschaffung der Stichwahl anbietet – auszuloten. Erst wenn klar ist, ob eine gemeinsame inhaltliche Basis vereinbar ist, die bei entsprechenden Mehrheiten auch in eine Koalition münden kann, kann eine personelle Entscheidung verantwortungsvoll getroffen werden. Weiterhin muss die grüne Präsenz bei Podiumsveranstaltungen, auch bei einem oder einer gemeinsamen KandidatIn, sichergestellt werden – denn schließlich kämpfen wir für starke grüne Fraktionen vor Ort.

In jedem Fall gilt: Grüne Stimmen gibt es nicht ohne grüne Inhalte. Wer von unseren WählerInnen gewählt werden will, muss glaubwürdig grüne Politik vertreten können und sich öffentlich auch dazu bekennen.

Die Ergebnisse solcher Überlegungen können höchst unterschiedlich aussehen: In Köln haben solche Verhandlungen dazu geführt, dass Grüne und SPD den Sozialdemokraten und ehemaligen Regierungspräsidenten Jürgen Roters als gemeinsamen Kandidaten aufgestellt haben. In Münster akzeptierten die die Grünen den Rückzug ihres Kandidaten, dem Umweltdezernenten a. D. Gerhard Joksch. Dieser Entscheidung liegt zu Grunde, dass dem SPD-Kandidaten für einen rot-grünen Neuaufschlag größere Chancen eingeräumt werden. Zunächst hatten die Grünen lange mit der SPD um ein faires Verfahren zur Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten gerungen. Nun gibt es eine gemeinsame Wahl-Plattform zur Weiterentwicklung der Klimahauptstadt Münster.



## Beispiel Düsseldorf

In Düsseldorf hat die Premiere des neuen Kommunalwahlgesetzes bereits stattgefunden, an der die Vor- und Nachteile einer gemeinsamen Kandidatur ersichtlich sind. Durch den Tod des Oberbürgermeisters Erwin, wählten die DüsseldorferInnen bereits im August 2008 einen neuen OB. SPD und Grüne einigten sich auf Karin Kortmann, die parlamentarische Staatssekretärin im BMZ und SPD-Vorsitzende in Düsseldorf und vereinbarten einen inhaltlichen Vertrag. Die gemeinsame Ablehnung des geplanten Neubaus eines Kohlekraftwerks wurde als deutlicher grüner Verhandlungserfolg wahrgenommen. Das Wahlergebnis blieb aus verschiedenen Gründen hinter den Erwartungen zurück. Kortmann verlor gegen den CDU-Kandidaten Elbers mit 35,3% zu 59,7%.

Dennoch empfehlen die Düsseldorfer Grünen eine Nominierungskoalition, wenn die grüne Handschrift erkennbar ist und verweisen auf ihrer Erfahrungen, die das Verfahren bei einer gemeinsamen Kandidatur mit sich bringen kann. In Düsseldorf wurden Reibungsverluste hauptsächlich durch die unterschiedliche Kultur und Arbeitsweise in den beiden Parteien verursacht. In der AKP 6/2008 ziehen die Kreisvorsitzende Mona Neubaur und der Fraktionsreferent Marcus Völker folgende Bilanz: „Vor den Parteitagsbeschlüssen zur Nominierung sollten nicht nur ein Programm, sondern auch Wahlkampfinhalt, -strategie und -finanzierung (u.a. zentrale Parolen, Medieneinsatz, Veröffentlichungstermine, Wahlkampfstandorganisation) verbindlich verabredet werden.“

## Entkoppelung der Wahlperioden

Eine weitere Folge der Änderung der GO wird uns bei der nächsten Wahlperiode noch stärker begleiten: Das Auseinanderdriften der Wahlperioden von Verwaltungsspitze und Rat wird in weiteren Städten und Kreisen zu reinen Personenwahlen führen, bei denen Inhalte kaum eine Rolle spielen. Im Gegenzug wird die eigentliche Ratswahl weiter abgewertet. Es wird gerade für kleine Parteien schwieriger, Personen öffentlich bekannt zu machen, die sich für uns im Rat engagieren.

## GRÜN vor Ort. Für Morgen

2009 bietet die Chance, dass Nordrhein-Westfalens Städte und Gemeinden ökologischer, sozialer und bürgerfreundlicher werden. Grüne Ideen sind längst mehrheitsfähig geworden – in vielen kommunalen Koalitionen oder Bündnissen. Unser Ziel ist es, vor Ort stärker zu werden – damit Grüne Politik wachsen kann.

# Warum Politik die Frauen braucht



*Wibke Brems  
ist Ratsmitglied und  
Bürgermeisterkandidatin  
in Gütersloh sowie Beisitzerin  
im Landesvorstand  
der Grünen NRW*

Kommunalpolitische Entscheidungen betreffen das direkte Umfeld der Bürger und Bürgerinnen, ihren Lebensalltag wie auch die Zukunft der gesamten Stadt. Sie werden aber nach wie vor überwiegend von Männern getroffen. In NRW gibt es in den Kommunalvertretungen insgesamt 3398 gewählte Vertreterinnen und Vertreter. Der Frauenanteil liegt hier insgesamt bei nur 29,3%. Unsere Demokratie lebt aber davon, dass Menschen mit den unterschiedlichsten Erfahrungen und Hintergründen mit ihren Sichtweisen und Bedürfnissen vertreten sind. Es ist politisch erforderlich, dass sich die Vielfalt der Bevölkerung auch in der gewählten Vertretung wieder findet. Wir brauchen die richtige Mischung aus alten Hasen und jungen Hüpfern, neue Ideen und die Erfahrung, die Beteiligung von MigrantInnen ebenso, wie die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen.

## Die Politik braucht die Frauen

Je nach Parteizugehörigkeit weicht der Anteil der Frauen an den Vertretern in den Kommunalparlamenten deutlich vom Schnitt mit 29,3% ab. Bei der CDU liegt er bei 24%, bei der SPD bei 34%, bei den GRÜNEN bei 50% und bei der FDP bei 19%. Sowohl die CDU als auch die SPD erreichen nicht annähernd ihre eigenen Vorgaben. Die SPD führte 1988 eine Frauenquote von 40% ein, die CDU hat seit 1995 ein so genanntes Frauenquorum von einem Drittel, die FDP besitzt keine Frauenquote und hat zudem den geringsten Frauenanteil. Lediglich die GRÜNEN erreichen im Durchschnitt ihr selbst gestecktes Ziel von 50%. Eine Frauenquote ist also wichtig, ein eindeutiges Signal, aber allein keine Lösung! Es muss den aktiven Männern und Frauen auch ein echtes Anliegen sein, Frauen zu gewinnen und einzubinden. Weiterhin sind gemeinsame Anstrengungen zur Förderung wie Mentorinnenprogramme und Fortbildungen notwendig. Ist das Interesse dann geweckt, sind beileibe nicht alle Hürden überwunden. Daher sollten die bereits Aktiven ihre Terminplanung auf die Vereinbarkeit mit Beruf und Familie überprüfen. Dazu sind auch eine effiziente Veranstaltungsführung – mit klaren Anfangs- und Endzeiten – sowie Angebote zur Kinderbetreuung wichtig.

## Brauchen Frauen die Politik?

Die Kommunalpolitik bietet unterschiedlichste Mitwirkungsmöglichkeiten: Im Hintergrund bis zum Kampf „an der Front“ – als sachkundige Bürgerin in einem Ausschuss, als Ratsmitglied oder als Wahlkämpferin auf der Straße. Und Mitwirkung macht Freude: Wenn Frau den ersten eigenen Antrag im Ausschuss vorträgt, ist die Anspannung groß, die Erleichterung hinterher umso intensiver. Am schönsten ist es, die Ergebnisse der eigenen Arbeit in den Händen zu halten. Den gestalterischen Einfluss auf das eigene Umfeld sollte kein Mensch leichtfertig abgeben, denn nur so kann die eigene Richtung mitbestimmt werden!

Die Kommunalpolitik ist komplex und vielschichtig, daher ist Spezialisierung notwendig. Leider werden Frauen gerne in Bereiche gedrängt, die nach landläufiger Ansicht für Schattenparker und Warmduscher reserviert sind: Kultur und Soziales. Im Bereich Finanzen und in der Stadtplanung wiederum halten die Männer noch immer gerne die Fäden in der Hand. Mein Tipp: Nicht einschüchtern lassen. Die Mischung macht's!

Bei jeder Entscheidung geht es allerdings vor allem darum, den eigenen Interessen zu folgen. Und wie auch immer die Entscheidung ausfällt, Eines ist sicher: Wir Frauen können uns selbst immer noch am besten vertreten.





## Ein Erfahrungsbericht

# Jung & Grün zur Ratskandidatur

**Matthi Bolte**  
*ist inzwischen zarte 23 Jahre  
jung und auf dem Weg zu  
seiner zweiten Ratsperiode.  
Er ist kinder- und jugend-  
politischer Sprecher der  
grünen Ratsfraktion in Bielefeld*

Die Kommunalwahl naht! Jetzt sind viele Grüne Fraktionen vor Ort mit dem Wunsch beschäftigt, neue Leute für die kommunalpolitische Arbeit zu gewinnen. Daher wird es nun darum gehen, wie es die Bielefelder Ratsfraktion geschafft hat, mich für eine Ratskandidatur zu begeistern. Ich werde dabei meine persönlichen Erfahrungen anführen, um zu zeigen, wie junge Menschen in die Fraktionsarbeit integriert werden können.

### Entdecken

Ein Weg zur Kandidatur hat immer einen Anfang. In meinem Fall liegt er irgendwo im Frühsommer 2003, also ein gutes Jahr vor der letzten Kommunalwahl. Groß war meine Begeisterung für Kommunalpolitik derzeit noch nicht, mein Schwerpunkt war eher das große Ganze, globale Aspekte rund um die Friedenspolitik.

Als ich dann auf das Seminar Kommunopoly „Jugend vor Ort an die Macht“ aufmerksam wurde, reizte es mich dann doch. An zwei Tagen wurde dort mit anderen jungen Menschen Kommunalpolitik erprobt. Ich hatte zum ersten Mal die Gelegenheit in die Rolle eines Ratsmitglieds im Rat von „Grünstadt“ zu schlüpfen, wurde mit kommunalpolitischen Fragestellungen konfrontiert, zu denen ich konkrete Positionen entwickeln und vertreten musste. Unter der Regie eines echten grünen Bürgermeisters mit einem Team von Beigeordneten bildeten wir Fraktionen und schärften unsere Positionen. Einen ersten Schritt zur Kommunalpolitik hatte ich damit gemacht. Nun war ich um die Erkenntnis reicher, dass es also nicht immer um alles gehen muss, sondern dass auch Freibäder, Nachtbusse und Verkehrsschilder interessante Aufgaben sein können. Das war immerhin ein Anfang, ein zentraler Schritt, aber dieses Seminar allein hätte mich wohl kaum dazu gebracht, mich direkt in die alltägliche Fraktionsarbeit zu stürzen.

### Andocken

Eine gute Gelegenheit, meine frisch entdeckte Zuneigung zur Kommunalpolitik weiter zum Ausdruck zu bringen, waren dann einige kommunalpolitischer Foren, die von der Grünen Ratsfraktion im Vorfeld

der Erstellung des Kommunalwahlprogramms veranstaltet wurden. Diese Foren waren vor Ort verankert und fanden zu den Fragestellungen statt, die später dann auch von uns Grünen im Rat vertreten und weiterentwickelt wurden. Hier fand ich genau das was ich brauchte, um mich an den Gedanken zu gewöhnen, künftig regelmäßig in der Grünen Kommunalpolitik mitmischen zu wollen. Es handelte sich hierbei um sehr offen gestaltete Nachmittage, die das zusammenbrachten, was mir fehlte: Wie kommunale Visionen aussehen können und wie diese in einzelnen konkreten Forderungen ausgedrückt werden. So wurde zum Beispiel, die komplett autofreie Innenstadt diskutiert und dazu wurden einzelne Straßenzüge in Tempo 30 Zonen umgewandelt. Auch die Möglichkeit mich direkt einbringen zu können war sehr wichtig. Dass mir zugehört wurde, auch ohne dass ich mich vorher ernsthaft in die Materie vertieft hatte, fand ich sehr motivierend. Das Konzept der kommunalpolitischen Foren habe ich als absolut nachahmenswert in Erinnerung.

### Wie entscheiden?

Die beste Begleitung hilft nicht bei der endgültigen Beantwortung der Frage: Will ich kandidieren? In meinem Fall wurde diese Entscheidung durch meine Lebensumstände zugleich erschwert und vereinfacht. Ich war zu diesem Zeitpunkt, Anfang 2004, gerade zarte 18 und stand vier Monate vor meinem Abi. Beste Voraussetzungen also, um sich für fünf Jahre auf Bielefeld festzulegen. In dieser Umbruchsituation, in der ich ohnehin mein Leben umorganisieren musste, konnte ich nun den Versuch machen ein Ratsmandat direkt zu integrieren.

Diese Unsicherheit in der zukünftigen Lebensgestaltung gibt es natürlich bei vielen NeuensteigerInnen und vor allem bei jungen Leuten. Die jungen Kommunalos und Kommunalas sind ein Risiko für die örtlichen Fraktionen, denn so schnell wie wir kommen, sind wir auch oft wieder weg. Natürlich nicht, ohne den Erfahrenen viel Arbeit gemacht zu haben und besonders gerne ohne geordneten Übergang. Das muss vor der Listenaufstellung klar sein, andererseits bieten junge KandidatInnen viele Chancen für die lokale Arbeit.

## Chancen für Junge

So habe ich im Wahlkampf die Erfahrung gemacht, dass mir viele junge Menschen zugehört haben, die es spannend fanden, dass jemand aus ihrer Generation bereit ist, kommunalpolitische Verantwortung zu übernehmen. Ältere KandidatInnen hatten mehr Probleme, die jungen Wählerinnen und Wähler anzusprechen. Interessanterweise hatte ich nicht das umgekehrte Problem, ich bin auch gut mit Älteren ins Gespräch gekommen und habe auch bei diesen Generationen viel Unterstützung erfahren.

Andererseits müssen NeueinsteigerInnen, besonders wenn sie durch ihr Alter oder sonst etwas besonders auffallen, auch auf der kommunalen Ebene darauf achten, dass ihre Kandidatur nicht als PR-Gag missverstanden wird. Als Kandidatin oder Kandidat selbst kann man dem natürlich mit Sachkenntnis in Diskussionen vorbeugen. Aber auch die alteingesessenen KollegInnen aus der Fraktion oder dem Team der KandidatInnen müssen diesen kritischen Punkt im Auge behalten und sollten nicht ständig auf diese Rolle des Vorzeige-Kandidaten hinweisen.

Natürlich macht es auch manchmal Spaß, die Kuriositäten, die mit der eigenen Kandidatur verbunden sind, auszuspielen. In meinem Beispiel war das ein sehr großer und schöner Presseartikel über meinen Vater, der für die FDP im Rat sitzt, und mich unter dem Titel „Bolte gegen Bolte“. Politische Inhalte konnten wir beide so kaum rüberbringen, aber mitten im Wahlkampf ist auch eine Spaßveranstaltung recht attraktiv.

## Tag X und dann?

Irgendwann kommt dann auch der Wahltag und mit etwas Glück auch das Mandat. Und trotz aller Vorbereitung ist es dann doch anders als erwartet, ins kommunalpolitische Alltagsgeschäft zu starten. Ich hatte das Glück von meinen KollegInnen gut begleitet zu werden. Besonders gelungen war, dass wir in den Ausschüssen systematisch Tandems von Erfahrenen und Neuen gebildet haben. Das geht natürlich nur in einer großen Fraktion und einer Gemeinde mit entsprechend großen Ausschüssen. Auch die Vernetzung der neuen Fraktionsmitglieder erscheint mir im Nachhinein wichtig, besonders wenn so wie im Bielefelder Fall fast die halbe Fraktion aus Neuen besteht.

Trotz dieser Motivationsschübe fühlte ich mich in meiner Haut nicht wirklich wohl, als ich zum ersten Mal in einer Fraktionssitzung und den zugehörigen Arbeitskreisen saß. Das lag vermutlich nicht nur an den altherwürdigen Kaisern und Bürgermeistern an den Rathauswänden. Eine völlig unerwartete Vielfalt von Abkürzungen und Vorgänge mit schier unendlicher Geschichte fluteten auf mich ein. Das war mir aus anderen politischen Zusammenhängen zwar schon vorher bekannt, aber in dieser Massivität doch ungeahnt. Und dazu kam noch diese beeindruckende Konzentration und Effizienz der internen Abläufe – all das wirkte doch erst mal einschüchternd und eher abschreckend. Dass ich auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht genau wusste, in welchen Bereich ich mich konkret einbringen würde, vereinfachte die Suche nach HelferInnen durch diesen Grünen Dschungel nicht wirklich. Dabei erscheint mir dies in der Rückschau besonders wichtig: mit neuen Menschen die Frak-



tions- und Arbeitskreissitzungen mit ihren Inhalten und Konfliktlinien vorzubereiten, beugt von Anfang an dem Frust vor, der sich ergibt, wenn man erst mal nichts versteht. So etwas sollte auch institutionalisiert werden in Form eines systematischen „Neuen-Coachings“.

## Ankommen?

Mit den ersten politischen Entscheidungen kommen die ersten Frustrationen. Auch diese müssen gemanagt werden, wobei auch hier die erfahrenen Fraktionsmitglieder in der Verantwortung sind. Spätestens nach der ersten Ratsrede – meine „Jungferrede“ hielt ich schon in der zweiten Ratssitzung der Legislaturperiode – stellt sich das Gefühl ein, so richtig „drin“ zu sein. Ich habe es sehr genossen, dass sich das bei mir so früh einstellen konnte,

und finde es wichtig, dass die neuen Ratsmitglieder schnell nach vorne gelassen werden. Wir Grüne sind da zwar im Vergleich zu den großen Parteien, die fast immer nur die Fraktionsvorsitzenden vorlassen, recht fortschrittlich. Aber es schadet nicht, darauf zu achten. Im Übrigen hat dieses „drin“-Gefühl auch nicht ewig Bestand. Bei mir wich es recht bald dem Gefühl, dass es wohl noch etwas dauern würde, bis sich das Fundament dazu zu Recht einstellt. Ich schätze viele Erfahrungen, die ich bislang gemacht habe und möchte auch in der nächsten Ratsperiode wieder dabei sein. Dann rühre ich weiter am Zement.

*Matthi Bolte beantwortet unter  
matthi@matthi-bolte.de  
gerne Fragen und gibt Motivationsschübe,  
um auf den Listen zur Kommunalwahl zu kandidieren.*

### +++ Top-Seminar der GAR NRW und der Grünen Jugend NRW +++

#### Kommunopoly – Jugend regiert in Grünstadt

Deine Stadt hat weder einen Platz zum Skaten noch genügend Radwege, und der Treff im Jugendzentrum ist immer genau dann geschlossen, wenn ihr Zeit habt? Kein Bus kommt wenn du abends nach Hause möchtest? Sprays darf man nirgends, obwohl an grauen Betonwänden kein Mangel herrscht... Dagegen müsste man mal was machen, denkst du? OK. Tue es!

Spielerisch lässt unser „Kommunopoly“ dich ausprobieren:

- Wer eigentlich was entscheidet
- Woher Beratung und Unterstützung kommen
- Wie man vor Ort in den Rat oder zuständigen Ausschuss kommt
- Welche Entscheidungen im Rat gefällt werden
- Wie Macht im Rat funktioniert
- Was du brauchst, um mitzumischen.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Schimke, hauptamtlicher Bürgermeister in Laer, wird dich in die Feinheiten der Ratsarbeit einführen und die Ratssitzung leiten und du kannst Politik machen!

#### Das Programm

##### Wie regieren in Grünstadt?

Bürgermeister Prof. Dr. Hans-Jürgen Schimke erklärt die Spielregeln:

- Wer regiert Grünstadt?
- Welche Fraktionen gibt es?
- Wofür ist der Rat zuständig?
- Wie funktioniert die Verwaltung?
- Welche Ausschüsse gibt es?
- Wie geht der Beratungsprozess?

##### Die Fraktionen in Grünstadt

- Es werden schwarze, gelbe, grüne, rote Fraktionen gebildet
- Fraktionssitzung zur Vorbereitung der Ratssitzung

Beratung und Beschlussfassung

##### Jetzt aber Tacheles: Die Ratssitzung

Vorsitz: BM Hans-Jürgen Schimke

##### Ausblick, Schlussrunde & überparteilicher Umtrunk

*Das Seminar findet am Samstag, den 14. März 2009 in Düsseldorf statt  
Der Teilnahmebeitrag beträgt 25 Euro, für GAR-Mitgliedsfraktionen 10 Euro  
Anmeldungen unter: [info@gar-nrw.de](mailto:info@gar-nrw.de)  
Weitere Informationen gibt Dunja Briese 0211-38476-16*

# Welcher Typ BürgermeisterIn gefragt ist



Dr. Andreas Osner  
Bertelsmann-Stiftung

Patentlösungen für „richtige“ BürgermeisterInnen gibt es nicht. Aber selbstverständlich haben die Bürgerinnen und Bürger Erwartungen an die Person, die eine Kommune leiten und repräsentieren soll. Und auch die BürgermeisterInnen selbst definieren ihre Haltung zu dem Auftrag, den sie zum Wohl der Gemeinde ausführen. Was in dieser Aufgabe wirklich „zählt“, beantwortet eine aktuelle Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen, die im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung durchgeführt wurde.

## Glaubwürdigkeit zählt

Was BürgermeisterInnen an allererster Stelle brauchen, ist Glaubwürdigkeit. Mit der persönlichen Integrität steht und fällt die Akzeptanz in der Bürgerschaft. Zudem basiert der Erfolg im BürgermeisterInnenamt vor allem auf Führungskompetenzen. Führungsfähigkeit hat zwei Komponenten: Durchsetzungsfähigkeit, um Ziele zu erreichen und Projekte umzusetzen, und Bürgernähe, also die Bereitschaft zur Beteiligung der Bürger, denn ohne die relevanten Akteure einzubinden und gesellschaftliche Kräfte zu bündeln, können keine noch so sinnvollen gesamtstädtischen Entwicklungsziele erreicht werden. Daher sind erfolgreiche BürgermeisterInnen auch immer geschickte Netzwerker und Moderatoren zwischen den vielen Akteuren und Interessengruppen.

BürgermeisterInnen müssen weder alles können noch alles selber machen. Entscheidend ist die soziale Fähigkeit, zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Interessen Brücken zu bauen und weitgehend einheitlicher Problemwahrnehmung um Problemlösungen herbeizuführen („Stakeholder Management“).

Um in einer vernetzten und immer komplexeren Gesellschaft, die Kultur einer kommunalen Verantwortungsgemeinschaft zu verankern, ist das die zentrale Fähigkeit.

Die Sorge, dass die Bürger statt des kompetenteren Kandidaten den Beliebteren und besseren (Selbst-)Darsteller wählen, ist unbegründet. Auch das lässt sich belegen: Die Forschungsgruppe Wahlen hat im Rahmen unserer Studie die Bevölkerung auch nach gewünschten Eigenschaften von BürgermeisterInnen befragt: Bevorzugt wurde,

was auch die BürgermeisterInnen von sich selbst verlangen: Glaubwürdigkeit, direkt danach Durchsetzungsfähigkeit und Bürgernähe.

## Führung ist gefragt

82 Prozent der Deutschen vertreten die Auffassung, dass Demokratie auf Dauer nur möglich ist, wenn eine starke politische Führung besteht. Das geflügelte Wort von Franz Müntefering „Heißes Herz und klare Kante ist besser als Hose voll!“ gilt auch für die Kommunalpolitik.

Spätestens seit der endgültigen bundesweiten Einführung der Einheitsspitze stellen wir fest, dass die Zeiten der Kumpeltypen vorbei sind. 1999, nach Einführung der Einheitsspitze in NRW, waren knapp zehn Prozent der damaligen Wahlsieger zuvor als ehrenamtliche Bürgermeister tätig. Eben weil sie bekannter und beliebter waren als die oft sachkundigeren Stadtdirektoren. Nun, fast zehn Jahre später, hat sich das Modell „Grüß-August“ endgültig verabschiedet. Beliebt zu sein, schadet sicher nicht, insbesondere in den Landgemeinden, aber dies allein reicht nicht aus, die Menschen verlangen mehr. Persönlichkeiten wie Rolf Böhme oder Joachim Erwin waren nicht als Sympathieträger bekannt, dennoch hatten sie bei der lokalen Bevölkerung einen guten Stand, weil man ihnen zutraute, den „Tanker Großstadt“ auf Grund ihrer Orientierung, klaren Haltung und Durchsetzungskraft im sicheren Fahrwasser zu halten.

Was lehrt uns das? Seid mutig, steht zu euren Zielen, hängt das Fähnchen nicht in den Wind, geht in den Dialog mit den Bürgern und führt. Wer es allen recht machen will, tut dem Gemeinwesen keinen Gefallen und verliert. Wer führen will, gewinnt.

Die Studie „Beruf BürgermeisterIn. Eine Bestandsaufnahme für Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern“ steht zum Download bereit unter: [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

# Gegen kommunale Bürgerrechte und Selbstverwaltung Schwarz-Gelb abwählen !

**DIE GRÜNEN** —  
— im Landtag NRW

Die gelb-schwarze Koalition hat in ihren drei Regierungsjahren einen Generalangriff gegen die kommunale Demokratie und die kommunale Selbstverwaltung vollzogen. CDU und FDP haben das Kommunalwahlrecht und die Gemeindeordnung ohne Hemmungen dazu genutzt, sich auf Kosten der Demokratie zu bevorzugen. Die FDP bekam die Entkopplung der Wahlen für die Bürgermeister und die Räte und damit eine sinkende Wahlbeteiligung, die CDU erhielt im Gegenzug den Wegfall der Stichwahl und ein Zusatzmandat zur Sicherung einer absoluten Mehrheit der Sitze. Das Nachsehen haben wieder einmal die WählerInnen: Kandidatinnen oder Kandidaten kleinerer Parteien haben erheblich weniger Chancen, sich durchzusetzen.

Als letzten Baustein, um die eigene Machtposition zu sichern, legten CDU und FDP Kommunalwahl und Europawahl zusammen, statt – wie nahe liegend – Bundestagswahl und Kommunalwahl. Gut für die FDP, denn bei der letzten gemeinsamen Bundestags- und Kommunalwahl im Jahr 1994 hatte sie mit 3,8 % bei der Kommunalwahl einen herben Einbruch erlitten. Das Vorziehen des Wahltermins auf den 07.06.2009 wird zu einer unhaltbaren Situation führen: Bereits abgewählte Kommunalparlamente sind noch viereinhalb Monate im Amt. Bereits abgewählte Räte und BürgermeisterInnen können so für die unerwünschte Nachfolge noch unbequeme Fakten schaffen. Eine solche Situation verletzt zentrale Prinzipien der Demokratie. Der Wählerwille muss möglichst bald zur Wirkung kommen, und die WählerInnen müssen die Chance haben, das Handeln des Rates mit ihrer Wahl zu sanktionieren. Außerdem werden etliche ErstwählerInnen durch die Vorverlegung von der Wahl ausgeschlossen, obwohl sie bis zur Konstituierung der Räte das Wahlalter erreichen. Zusammen mit der SPD haben wir gegen dieses dubiose Vorgehen Klage vor dem Verfassungsgerichtshof Münster erhoben. Der wird voraussichtlich bis Ende Januar urteilen, ob dieser massive Eingriff in zentrale Wahlrechtsprinzipien mit der Verfassung vereinbar ist.

## Ausbau der kommunalen Demokratie blockiert

Auch die direkte Demokratie wurde nicht gestärkt. Wollte die Koalition laut Koalitionsvertrag noch Kumulieren und Panaschieren prüfen, wurde das im Kuhhandel der Koalition ohne Begründung nicht

weiter verfolgt. Weder unsere Gesetzesinitiative 2007 noch die Volksinitiative 2008 konnten CDU, SPD und FDP dazu bewegen, dieser demokratiefreundlichen Ausgestaltung des Kommunalwahlrechtes zuzustimmen. Damit bleibt den WählerInnen in NRW ein Einfluss auf die BewerberInnen für die Kommunalvertretung verwehrt.

## Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Unternehmen drastisch eingeengt

Eine Flut von Resolutionen aus größeren und kleineren Kommunen und 25.000 DemonstrantInnen haben die schwarz-gelbe Koalition nicht davon abgehalten, die bundesweit restriktivste Regelung zur Kommunalwirtschaft in der Gemeindeordnung zu verankern und die kommunalen Unternehmen einer großen Rechtsunsicherheit auszusetzen. Auf Betreiben der FDP sind die Kommunalunternehmen in NRW im Wettbewerb gegenüber den Kommunalunternehmen aus anderen Bundesländern und den Großkonzernen benachteiligt. Die Folgen: Weniger Widerstand gegen die Oligopole in der Energiewirtschaft, deutliche Kostensteigerungen bei quersubventionierten Betrieben, wie etwa im ÖPNV oder bei Schwimmbädern, höhere kommunale Gebühren und überhöhte Energiepreise.

## Lebendige und gemeinwohlorientierte Kommunen statt „Privat vor Staat“

Die Kommunen sind der Ort, an dem Bürgerbeteiligung, freiwilliges Engagement und Formen demokratischer Teilhabe unmittelbar gelebt und erfahren werden. Deshalb wollen wir die kommunale Selbstverwaltung stärken und die BürgerInnen aktiv beteiligen. Die Kommunen und ihre Unternehmen stehen für Gemeinwohlorientierung, Teilhabe, gesellschaftliche Verantwortung und Solidarität. Diese herausragenden Aufgaben können die Kommunen nur mit einer verlässlichen Kommunalfinanzierung erbringen. Dazu gehört, dass die Kommunen, die nachweislich aus eigener Kraft nicht mehr zu genehmigungsfähigen Haushalten kommen können, mit einem Sonderprogramm zur Entschuldung wieder in die Lage versetzt werden, kommunale Selbstverwaltung zu praktizieren um den Aufgaben zur Daseinsvorsorge nachzukommen.

## Training für BürgermeisterkandidatInnen

Beim BürgermeisterInnenwahlkampf steht die Person im Mittelpunkt! Hierbei erwarten die BürgerInnen anderes, als von der Partei, der sie ihre Stimme geben. Welche Aufgaben müssen bei einer Kandidatur bewältigt werden? Welche Anforderungen sind mit dieser Rolle verbunden? Wie kann man sich am besten darauf vorbereiten? Wie funktioniert die Ansprache der BürgerInnen, welche Unterstützung ist nötig und wie wird die Vorbereitungszeit am besten genutzt? Es wird ein Praxis-Konzept für die Kandidatur entworfen. In Rollenspielen können alle Hürden einer Kandidatur erprobt werden. Für KandidatInnen und ihre Teams.

*Hans-Jürgen Schimke ist hauptamtlicher Bürgermeister in Laer Düsseldorf, Samstag, 07. Februar 2009, 10.00 – 16.30 Uhr*

## Pressearbeit: Nachrichten die ankommen!

Wieso ist meine Pressemitteilung schon wieder nicht veröffentlicht worden? Was da wieder abgedruckt wurde stimmt doch vorne und hinten nicht! Ärger im Umgang mit der Presse gibt es immer wieder. Wir wollen Lösungen finden, die ankommen. Wie arbeiten Redaktionen? Welche Nachricht hebt sich von der Medienflut ab? Was geht unter? Was streichen Redaktionen? Wie wird eine erfolgreiche Pressearbeit aufgebaut? Schließlich wird die eigene Meinung aufs Papier und auf den Punkt gebracht. Nur Mut! Ein Angebot für alle Interessierten.

*Dirk Hautkapp ist Redakteur der NRZ. Er war viele Jahre in der Essener Lokalredaktion tätig Düsseldorf, Samstag 21. Februar 2009, 10.00 – 17.00 Uhr*

## Kommunopoly – Jugend vor Ort an die Macht

Hast du Lust Kommunal mitzumischen? Wir wollen zeigen, wie Kommunalpolitik im Rat gemacht wird und euch mit jungen Menschen ins Gespräch bringen, die sich bereits engagieren. Eure Fragen werden beantwortet: Wie kommt man in den Rat oder Ausschuss? Wie funktioniert Macht im Rat überhaupt? Welche Akteure gibt es und wer übernimmt welchen Part? In einem Rollenspiel mit Profis und echtem Bürgermeister wird eine Ratssitzung im Rat von Grünstadt nach gespielt. Kommunal-

politische Knacknüsse werden angegangen und du kannst mitmischen! Für junge Grüne.

*Hans Jürgen Schimke ist hauptamtlicher Bürgermeister in Laer Düsseldorf, Samstag 14. März 2009, 10.00 – 18.00 Uhr  
Teilnahmebeitrag: 25 Euro, 10 Euro für GAR-Mitgliedsfraktionen  
\*Eine Kooperation mit der Grünen Jugend NRW*

## Bauleitplanung I – Einführung in die kommunale Bauleitplanung

Viele grüne KommunalpolitikerInnen werden sich bald erstmalig intensiv mit der Stadtentwicklung und der Bauleitplanung beschäftigen. Welche politischen Gestaltungsmöglichkeiten dieses Instrument eröffnet, wird durch praktische Beispiele erläutert: Wann ist die Kommune zuständig? Welche Instrumente der kommunalen Planung gibt es? Was bedeuten die zentralen Begriffe: Bauleitpläne und städtebauliche Satzung: der Flächennutzungsplan (FNP), der Bebauungsplan (B-Plan), Bebauung nach § 34 BauGB, der Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP), ökologische Gestaltung, Klimaschutz im Baugebiet, Möglichkeiten der Festsetzungen im B-Plan? Für (künftige) Rats- und Planungsausschussmitglieder.

*Berthold Rothe leitet den Fachbereich Stadtentwicklung und Bauordnung der Stadt Euskirchen Düsseldorf, Samstag, 28. März 2009, 10.00 – 17.00 Uhr*

## Rechtliche Grundlagen der Ratsarbeit

Die kommunalen Mitwirkungsrechte zu kennen, erhöht die Einflussmöglichkeiten des einzelnen Ratsmitglieds und der gesamten Fraktion. Häufig müssen auch selbstverständliche Rechte nachdrücklich eingefordert werden. Behandelt werden die Mitwirkungsrechte des Ratsmitglieds und zentrale Fragen zum persönlichen Status. Themen werden sein: Hauptsatzung und Geschäftsordnung nach GO NRW, Antragsrechte, Rederechte, Gestaltung der Tagesordnung, Akteneinsichtsrecht, persönliche Haftung und Immunität, Freistellungs- und Entschädigungsregelung, Verdienstaussfallregelung. Ein Angebot für künftige Rats- und Kreistagsmitglieder.

*Dagmar Vogel ist praktizierende Rechtsanwältin und Ratsmitglied in Oberhausen Düsseldorf, Samstag, 04. April 2009, 10.00 – 16.30 Uhr*

*Anmeldungen unter [info@gar-nrw.de](mailto:info@gar-nrw.de)  
[www.gar-nrw.de](http://www.gar-nrw.de)*

## Tue Grünes – und dann?

# Grüne Pressearbeit vor Ort

Die Lokalteile gehören zu den meist gelesenen Seiten von Tageszeitungen.

Wer im Lokalteil erscheint, wird wahrgenommen – bei Grünen, bei der politischen Konkurrenz und natürlich bei den Menschen vor Ort.

Die Zusammenarbeit mit den Tageszeitungen alleine reicht aber nicht. Das Lokalradio, der WDR, das Lokal- oder Regionalfernsehen oder Internetportale und –magazine sind für die grüne Pressearbeit vor Ort wichtige Partner.

Journalisten sind daran interessiert, möglichst schnell Informationen zu einem Thema zu bekommen – wir wollen Themen in die Medien setzen. Dies ist eine gute Voraussetzung, weil beide voneinander profitieren können, einander „brauchen“. Dabei ist eins der obersten Gebote, die Themen interessant zu gestalten. Was könnte die Menschen interessieren, wie hole ich sie in ihrem Lebensumfeld ab? Habe ich einen aktuellen Aufhänger oder kann ich einen schaffen? Das sind die wesentlichen Fragen.

## Pressearbeit ist „Netzwerken“

Pressearbeit lebt von Kontakten. Diese lassen sich am besten durch feste AnsprechpartnerInnen auf beiden Seiten aufbauen und pflegen. Einen Pressesprecher oder eine Pressesprecherin zu benennen, ist sinnvoll. Im Gegenzug empfiehlt es sich, Kontakt zu einem Redakteur/einer Redakteurin der einzelnen Medien zu suchen. So kann Vertrauen auf beiden Seiten geschaffen werden, die für eine gute Pressearbeit unerlässlich ist.

Regelmäßiger Kontakt zu den PartnerInnen in den Redaktionen – und dies nicht nur bei konkreten Anlässen – ist wichtig. Dabei sind „Vier-Augen-Gespräche“, ob als reines Hintergrundgespräch oder um ein Thema zu setzen, meist ergiebiger als größere Runden. Auf diese Weise schafft man eine intensivere Sensibilisierung und Wahrnehmung grüner Themen und Inhalte. Deshalb sollten regelmäßige Termine geplant werden – durchaus auch mal als Verabredung zum Abendessen mit den FraktionssprecherInnen und mehreren Medienvertretern einer Redaktion.

Journalisten haben es gelegentlich auch gerne, ein Thema oder eine Information exklusiv zu bekommen. Auch dies intensiviert das Verhältnis. Manchmal ist es schwierig, mit der örtlichen Presse zusammenzuarbeiten.

## Vorurteile abbauen – Vertrauen schaffen

„Die schreiben sowieso nur für schwarz!“ oder „An die kommen wir nicht ran!“ sind Eindrücke, die vor Ort schnell entstehen können. Trotzdem: Nicht entmutigen lassen und immer mal wieder ein Thema anbieten: Hartnäckigkeit zahlt sich oft in Form von Gedrucktem, Hör- und Sehbarem aus!

Egal, ob langer oder kurzer Atem zum Erfolg führt, Vertrauen braucht Zeit. Es dauert manchmal, bis die Zweifel ausgeräumt sind, ob wir auch wirklich nicht in die Pfanne gehauen werden. Dann heißt es langsam vorantasten und schauen was passiert. Wie wird mit einer Information umgegangen? Wie mit der nächsten? Hilfreich kann es auch sein, sich mit der Arbeitsweise der JournalistInnen vertraut zu machen. Welchen Stil hat er/sie? Ist eine „Färbung“ in eine politische Richtung in der Berichterstattung zu erkennen, sind die Berichte gar einseitig?

## Umgang mit Interviews/Zitaten

Interviews oder Zitate/Statements sollten autorisiert werden. Dabei können Formulierungen überprüft, geändert und zugespitzt werden. Aber nicht übertreiben. Hier und da hört man, das Interviews bei der Autorisierung so geändert wurden, dass von der ursprünglichen Form so gut wie nichts übrig geblieben ist.

Besser ist es, ein eigenes Interview richtig vorzubereiten, also ein Vorgespräch zu führen, in dem das Thema besprochen und in einen Kontext gesetzt wird. Auch der Rahmen, in den das Interview eingebettet ist, sollte benannt werden: Ist es ein Hintergrundgespräch, ein einzelnes Statement für einen Bericht/Beitrag oder ein eigenständiges Interview? Einzelne Aspekte und Fragestellungen sollten abgesprochen werden, damit das Interviewziel oder die zentrale Botschaft deutlich werden. Im Interview gilt es, diese Botschaft konzentriert und mit klarer Struktur zu setzen. Also in einfachen Sätzen und klare Sprache ohne Fachsimpelei rüber zu bringen. Dabei sollten Nebenaspekte vermieden werden. Weniger ist manchmal mehr! Und auch, wenn Informationen, Statements oder Interviews schnell eingefordert werden, hilft hetzen lassen nicht weiter. Einen Rückruf sollte man immer vereinbaren können.

## Konkurrenzthemen vermeiden

Um eine möglichst hohe Ausbeute zu haben, sollte ein Thema oder Pressetermin nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch durchdacht sein. Wählen wir einen konkurrenzreichen Tag mit anderen Terminen und Inhalten, schmälern wir unsere Chancen auf Berichterstattung. Deshalb sollte rechtzeitig geprüft werden: Wer macht etwas am Tag X, finden Ausschusssitzungen/Ratssitzungen oder andere Gremiensitzungen zu presserelevanten Themen statt; machen konkurrierenden Veranstalter oder Organisationen etwa Parteien, Gewerkschaften eventuell lautstark auf sich aufmerksam?

Ist man unsicher, kann man einen Vertrauten bei den Medien dazu auch mal befragen.

Kontraproduktiv ist es, einen oder zwei Tage vor einer eigenen Aktion mit einem anderen Thema oder gar mit einem anderen Aspekt zum selben Thema an die Presse zu gehen!

## Wahl der Mittel

Eine Pressemitteilung, das Pressegespräch oder die Pressekonferenz: Welches Mittel ist für welchen Zweck geeignet? Pressemitteilungen bieten sich als schnelle Reaktion auf ein Ereignis oder eine Entwicklung an, als Mitteilung kleinerer Sachverhalte oder im Nachgang zur eigenen Pressekonferenz, wenn nicht alle Pressevertreter erschienen sind. Wichtig ist, eine Pressemitteilung nicht zu lang werden zu lassen und einen „Eyecatcher“ zu platzieren. Vor allem auf die Überschrift und den ersten Satz einer Pressemitteilung kommt es an! Der erste Absatz enthält alle wesentlichen Fakten und beantwortet die so genannten W-Fragen (Was tut wer wo wann wie und warum). Alle weiteren Informationen folgen mit abnehmender Relevanz. Die Pressemitteilung richtet sich an RedakteurInnen und nicht an LeserInnen. Allerdings wird auf gute Vorlagen gerne zurückgegriffen.

Mit einem Pressegespräch wird einem Thema mehr Gewicht verliehen. Man hat mehr zu sagen,

als in einer Pressemitteilung stehen kann und sollte. Deshalb trifft man sich zu einem Gespräch in den eigenen Räumen oder außer Haus an einem angenehmen Ort oder lädt zu einer Aktion mit kleinem Pressegespräch ein.

Die Pressekonferenz ist dann das richtige Mittel, wenn es zu einem Thema mehr und komplexer etwas zu sagen gibt – beispielweise vor der Einbringung des Haushalts oder als Stellungnahme zum Stadtentwicklungskonzept. Wichtig ist es für Grüne, eigene Akzente zu setzen. Die Pressekonferenz ist offiziell mit einem mehr oder weniger festgeschriebenen Ablauf und somit auch zwingend mit einer offiziellen Einladung verbunden. Insofern ist sie vor Ort ein oft überschätztes Instrument, das ein Pressegespräch wesentlich effektiver ersetzen kann.

## Die Aussage muss stimmen

Egal, welches Mittel letztlich gewählt wird: Die Aussage muss stimmen. Sie muss pointiert und klar formuliert sein, ohne sich im Detail zu verstricken. Eine zentrale Aussage muss transportiert werden. Sinnvoll ist auch, sich selbst im Vorfeld zu fragen: Was will ich am nächsten Tag in der Zeitung lesen? Zu schätzen wissen JournalistInnen schriftliche Informationen zu einem Gespräch, die – sind sie gut formuliert – gerne übernommen werden.

Nicht zu unterschätzen sind zudem LeserInnenbriefe und das Internet als Informationsquelle. Bei Lokalredaktionen haben LeserInnenbriefe einen hohen Stellenwert. Sie werden fast immer abgedruckt und auch fast immer gelesen. Auf einigen Internetportalen lassen sich Pressemitteilungen mittlerweile kostenlos einstellen, was zunehmend auch von kommunalpolitischen Akteuren genutzt wird. Viele dieser Portale sind in der Suchmaschine „google“ vertreten.

*Andrea Rupprath*

*Pressesprecherin Bündnis 90/Die Grünen NRW*

### +++ Zentrale Seminare der GAR NRW +++

## Pressearbeit: Nachrichten die ankommen!

Dirk Hautkapp ist Redakteur der NRZ. Er war viele Jahre in der Essener Lokalredaktion tätig  
Düsseldorf, Samstag 21. Februar 2009 · 10.00 – 17.00 Uhr

Anmeldungen unter [info@gar-nrw.de](mailto:info@gar-nrw.de)  
[www.gar-nrw.de](http://www.gar-nrw.de)

## LWR und LVR als Teil der kommunalen Familie

# Grüne Ziele der Landschaftsverbände

Die Landschaftsverbände Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL) stellen in Nordrhein-Westfalen die Mittelinstanz der kommunalen Selbstverwaltung dar. Sie werden von den Kreisen und kreisfreien Städten immer dort mit der Erledigung bestimmter Aufgaben beauftragt, wo dies aus Kostengründen oder auf Grund spezieller fachlicher Anforderungen sinnvoll ist.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mit Sitz in Münster umfasst die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster, der Landschaftsverband Rheinland mit Sitz in Köln die Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln. Die jeweils mehr als 2 Mrd. Euro umfassenden Haushalte finanzieren sich zu über 80% aus der Landschaftsumlage – einer Umlage der Kreise und kreisfreien Städte – und zu knapp 20% aus Schlüsselzuweisungen des Landes NRW.

Die Landschaftsverbände arbeiten als Höhere Kommunalverbände für die Menschen in ihrer jeweiligen Region: Mit ihren Förderschulen, Krankenhäusern und Museen, und als große Hilfezahler für Menschen mit Behinderungen erfüllen LWL und LVR solche Aufgaben im sozialen Bereich, in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie und in der Kultur, die überregional wahrgenommen werden. Die Landschaftsversammlungen mit ihren jeweils rund 100 Mitgliedern aus den Kommunen kontrollieren die Verbände.

### Politische Ziele für GRÜNE

Seit 1984 sind GRÜNE Fraktionen in den Landschaftsversammlungen Rheinland und Westfalen-

Lippe vertreten. Die Mitglieder der Landschaftsversammlungen werden nicht in einer direkten Wahl bestimmt. Schon deshalb gibt es kein Wahlprogramm im engeren Sinne. Durch die langjährige politisch-fachliche Arbeit hat sich aber eine GRÜNE Programmatik herausgebildet, die sich an kommunalpolitischen und landesweiten Fragestellungen orientiert. Wichtige politische Zielsetzungen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind:

- ❑ der Ausbau der ambulanten Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderungen
- ❑ der weitere Ausbau des ambulanten betreuten Wohnens für Menschen mit Behinderungen bei gleichzeitiger Sicherung der qualitativen Standards
- ❑ die Weiterentwicklung der Integration und des gemeinsamen Lernens von Kindern mit und ohne Behinderung in Schule und Kindergarten
- ❑ die Schaffung flächendeckender Strukturen einer gemeindenahen Psychiatrie, insbesondere auch der Kinder- und Jugendpsychiatrie
- ❑ die Gewährleistung eines Maßregelvollzugs, der durch hohe fachliche Standards der Therapie zur Sicherheit der Menschen beiträgt
- ❑ der Erhalt und die Stärkung der kulturellen Einrichtungen und Leistungen im Rheinland und in Westfalen-Lippe
- ❑ eine weitere Profilierung der Landschaftsverbände im Bereich Klimaschutz und Umweltverantwortung
- ❑ gezielte Frauenförderung und die Implementierung von Gender Mainstreaming.

### +++ Das Wahlverfahren zu den Landschaftsversammlungen +++

Das Kommunalwahlergebnis in NRW am 07. Juni 2009 bestimmt auch die Zusammensetzung der beiden Landschaftsversammlungen. Dabei gibt es die Möglichkeit von Direktmandaten für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN direkt aus den Kreistagen und den Räten der kreisfreien Städte sowie eine Wahl über die jeweilige Landesreserveliste der Partei.

Die Reservelisten der GRÜNEN werden im Rahmen einer Landesdelegiertenkonferenz am 22. März 2009 für Westfalen-Lippe und das Rheinland getrennt gewählt. Wählbar sind

1. Mitglieder des Rates einer kreisfreien Stadt, eines Kreistages oder auch einer kreisangehörigen Gemeinde,
2. BeamtInnen, Angestellte oder ArbeiterInnen einer kreisfreien Stadt, eines Kreises oder auch einer kreisangehörigen Gemeinde,
3. KandidatInnen, die auf der Reserveliste für den Rat einer kreisfreien Stadt oder für einen Kreistag stehen und von der Partei auf die Reserveliste zur Landschaftsversammlung gewählt werden.

Hubert Meyer

## Recht der Ratsfraktionen

Bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen kommt den Fraktionen in den Städten, Landkreisen und Gemeinden große Bedeutung zu. Wenn auch mit abnehmender Bedeutung, erfolgt hier die Weichenstellung für die kommunale Sach- und Personalpolitik.

Das vorliegende Buch erscheint mittlerweile in der 4. Auflage und gibt eine realistische und leicht verständliche Betrachtung des Fraktionsrechts für kommunale Gebietskörperschaften wieder.

Der informativen Einführung folgt ein Überblick der gesetzlichen Regelungen zum Fraktionswesen. Anschaulich wird dies durch die Sichtweise von Gemeindevertretung, der Ratsmitglieder, des Wählers und der Parteien. Im Rahmen der Beschreibung über die Bildung, Mitgliedschaft und Beendigung von Fraktionen wird deren Charakter als freiwilliger Zusammenschluss von Ratsmitgliedern mit gemein-

samer politischer Grundüberzeugung betont. Rechte und Pflichten ergeben sich aus der Darstellung der Geschäftsordnung für Fraktionen. Auch der Ausschluss aus einer Fraktion erfährt auf Grund der einschneidenden Wirkung eine besondere rechtliche Würdigung.

„Recht der Ratsfraktionen“ informiert kompetent und umfassend zum Thema und wer etwas vermisst findet es spätestens im umfangreichen Literaturverzeichnis. Der Verfasser ist als geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Niedersächsischen Landkreistages mit den Problemen der Praxis sicherlich vertraut.

Die Neuauflage berücksichtigt die Änderungen des Kommunalverfassungsrechts in etlichen Bundesländern. Rechtsprechung und Literatur wurden mit Stand 2008 erfasst.

(VW)



*Recht der Ratsfraktionen*  
Hubert Meyer  
4. Auflage  
Wiesbaden  
Kommunal- und  
Schulverlag 2008  
178 Seiten, kartoniert  
22 Euro  
ISBN 978-3-8293-0829-8

## Grandiose Landschaften im Film Locations II

Wir wäre es mit einer Weltreise zu den schönsten Landschaften aus berühmten Filmen? Nach dem großen Erfolg von Locations I „Städte der Welt im Film“ liegt nun der zweite Band vor: „Grandiose Landschaften im Film“.

Im Kino sind wir gereist. Wir haben die schönsten Schauplätze gesehen, haben viel erlebt, geliebt und gelitten. Doch wo sind wir gewesen? Hier erfahren wir in welchem französischen Städtchen Juliette Binochet und ihre Tochter in einer stürmischen Winternacht eintreffen um eine Chocolaterie aufzumachen oder welche Richtung das Abenteuer der Herr der Ringe Route nimmt, die quer durch Neuseeland verläuft. Ob Schlösser und Burgen in Deutschland, die Wüsten Tunesiens und Marokkos, die zauberhaften Inseln Italien, die grandiosen Weiten Amerikas oder die Gipfel der Anden. Dieses Buch nimmt uns mit.

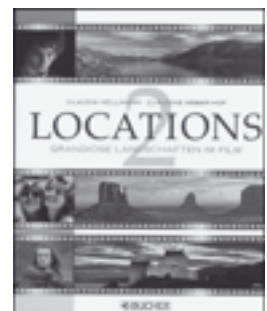
Und natürlich sieht die Weltkarte des Kinos ganz anders aus, als es Atlanten weismachen wollen. Diese Landschaften wollen erst entdeckt werden.

Den Schnittstellen zwischen Fiktion und Wirklichkeit haben Claudia Hellmann und Claudine Weber-Hof ein Buch gewidmet, das sich als Reiseleiter zu den Stätten eignet, die unsere Erinnerung schon bevölkert hat, ehe wir sie mit eigenen Augen gesehen haben.

Rund 40 Länder und die Szenerie von etwa 400 Filmen und Landschaften laden zum Wieder-Entdecken ein. Das üppig illustrierte Buch ist ein Wegweiser zu den landschaftlich schönsten Filmschauplätzen. Anekdoten zu den Dreharbeiten, Informationen zu den Drehorten und übersichtliche Karten machen Lust auf die Spuren des Films.

„Wer gerne ins Kino geht wird dieses Buch lieben.“

(DB)



*Claudia Hellmann  
Claudine Weber-Hof  
Grandiose Landschaften  
im Film, Locations II*  
Bucher Verlag 2008  
192 Seiten  
ca. 380 Abbildungen  
Format 21,8 x 26,0 cm  
Hardcover mit  
Schutzumschlag  
39,90 Euro  
ISBN: 978-3-7658-1551-5

# jetzt ganz frisch!

2., überarbeitete Auflage von 2007



**KOMMUNAL POLITIK MACHEN** bedeutet, sich vor Ort für längere Klärungszeiten und den Erhalt der Bücherei einzusetzen, mit Politikerinnen anderer Parteien zu streiten und für die eigene Meinung in der Öffentlichkeit zu werben. Dafür ist nicht nur Fachwissen nützlich, sondern auch ein gewisses „Handwerkszeug“:

Welche Rechte haben Stadträtinnen, wie funktioniert ein Gemeinderat oder Kreistag? Was passiert in welchem Ausschuss und wie ist das mit den Geschäftsordnungstricks?

Zum Politik machen gehört natürlich auch das politische Denken, die Strategie: Wo finde ich Bündnispartner? Wie verhalte ich mich in der Opposition, wie gegenüber dem Koalitionspartner? Wie schaffen wir es, dass langjährige Mitstreiterinnen nicht entnervt aufgeben und Neue nicht abgeschreckt werden, sondern vielleicht auch eines Tages in den Stadtrat wahlen? Schließlich gibt es noch zahlreiche Arbeitstechniken, die den Politik-Alltag angenehmer machen: Wie finde ich aus dem Berg an Informationen wieder heraus und wo ist eigentlich die Zeit geblieben?

Auf diese und viele weitere Fragen gibt das Buch „KOMMUNAL POLITIK MACHEN“ Antworten für Einsteigerinnen, aber auch für „alte Hasen“. Es will nicht nur eine grundlegende Einführung in die Materie der Kommunalpolitik und ein Leitfaden mit praktischen Hilfen und Tipps sein, sondern dazu ermuntern, sich im lokalen Lebensumfeld verstärkt politisch zu engagieren.

Wie das geht und was dabei zu beachten ist, wissen die Autorinnen und Autoren zumeist aus langjähriger eigener kommunalpolitischer Praxis genau. Sie kommen aus den Kommunalpolitischen Vereinigungen der Grünen, der Redaktion der Fachzeitschrift „Alternative Kommunalpolitik“, der Kommunalpolitischen Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Bundesvorstand von Bündnis 90/Die GRÜNEN.



Ich bestelle \_\_\_ Exemplar(e) „KOMMUNAL POLITIK MACHEN“ zum Stückpreis von 10,- € + Versandkosten

#### Lieferung an folgende Adresse:

Name/Vorname \_\_\_\_\_  
Straße/Nr. \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Kontoinhaber/in \_\_\_\_\_  
Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_  
Bank/Postgiroamt \_\_\_\_\_

#### Gewünschte Zahlungsweise bitte ankreuzen:

- Einzugsermächtigung  
 Rechnung bei Lieferung erbeten  
 Scheck, Bargeld, Briefmarken liegen bei

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

#### Bestelladresse:

**AKP**, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld  
Tel.: 05 21/17 75 17  
Fax: 05 21/17 75 68  
e-mail: akp@akp-redaktion.de  
www.akp-redaktion.de

# STADT LAND grün

## DAS NEUE HANDBUCH IST DA!

Klimaveränderung und demographischer Wandel, Bildungsnotstand und Debatten über soziale Gerechtigkeit – was unsere Gesellschaft bewegt, beschäftigt auch die Kommunalpolitik.

Wer im Kreistag, Stadt- oder Gemeinderat sitzt, muss sich in vielen Bereichen auskennen, von der Wirtschafts- und Finanz- bis zur Umwelt- und Kulturpolitik. Das Handbuch für alternative Kommunalpolitik führt in die einzelnen Themenfelder ein, zeigt die wichtigsten Probleme auf und weist auf Lösungswege sowie Gestaltungsspielräume hin.

Mit Beiträgen von Jutta Ebeling, Franziska Eichstädt-Bohlig, Manfred Busch, Hans-Josef Fell, Britta Haßelmann, Joachim Lorenz, Heiner Monheim, Michael Opielka, Wolfgang Pohl, Reiner Schiller-Dickhut, Elisabeth Schroedter, Bernd Wagner und anderen.  
Bielefeld 2008, 320 Seiten



Ich bestelle \_\_\_ Exemplar(e) „STADT LAND grün“ zum Stückpreis von 16,80 € + Versandkosten

#### Lieferung an folgende Adresse:

Name/Vorname \_\_\_\_\_  
Straße/Nr. \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Kontoinhaber/in \_\_\_\_\_  
Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_  
Bank/Postgiroamt \_\_\_\_\_

#### Gewünschte Zahlungsweise bitte ankreuzen:

- Einzugsermächtigung  
 Rechnung bei Lieferung erbeten  
 Scheck, Bargeld, Briefmarken liegen bei

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

#### Bestelladresse:

**AKP**, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld  
Tel.: 05 21/17 75 17  
Fax: 05 21/17 75 68  
e-mail: akp@akp-redaktion.de  
www.akp-redaktion.de

# Grüne Homepages und Mailedienste fit machen

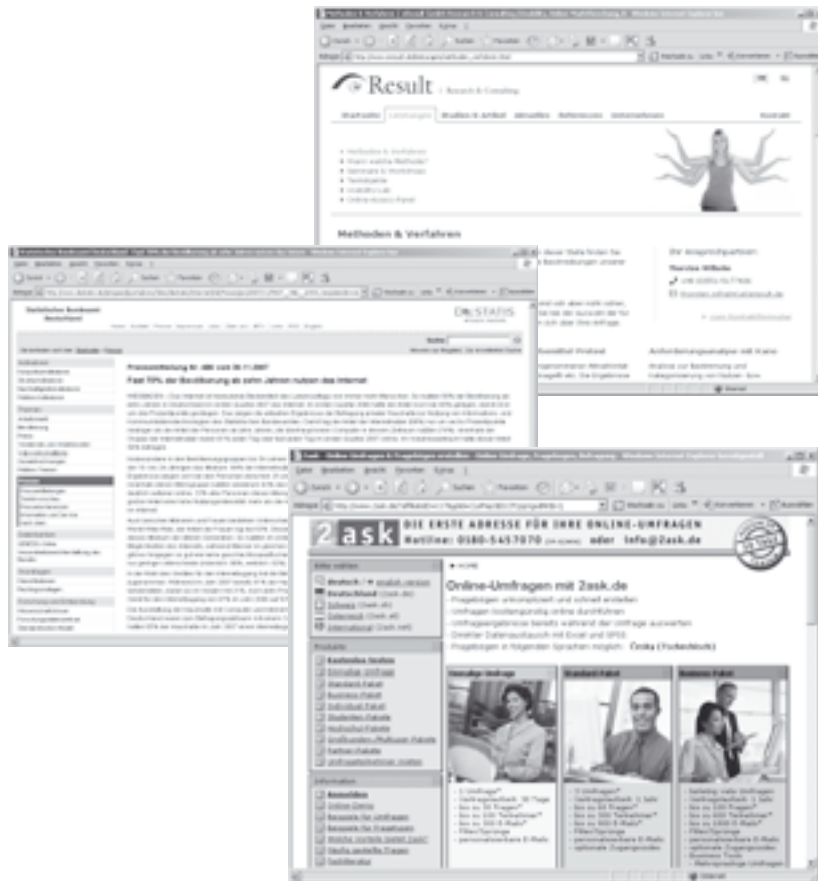
## Qualität im digitalen Wettbewerb

Das Internet ist eine Plattform, die gerade im Wahlkampf einen interessanten Draht zu den Wählerinnen und Wählern ermöglicht. Bei der jüngeren Wähler-Generation tritt das Zeitunglesen und selbst das Fernsehen gegenüber dem Internet immer weiter zurück. 70 % der über 10-Jährigen benutzen einer Umfrage des statistischen Bundesamtes zufolge das Internet. Bei den 10 bis 24-Jährigen sind es sogar 94 %, davon 64 % nahezu täglich. Die Altersgruppe der 25 bis 54-Jährigen gehören 84 % zu den Internetnutzern, davon wiederum 63 % täglich. Erst ab 55 Jahren nimmt die Internetnutzung stark ab. Insofern sollte der Internet-Präsenz der Grünen im Wahljahr 2009 eine besondere Aufmerksamkeit zuteil werden. Die Bedeutung und professionelle Abwicklung des „elektronischen Wahlkampfes“ hat das Team von Barack gerade erfolgreich vorgeführt.

Die Internetseiten der Grünen haben sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Manche sind sogar mustergültig in Aktualität, Interaktivität und Gestaltung. Einige liegen allerdings noch träge und zäh mit haarsträubender Inaktualität im Netz. Da heißt es dann: Ran!

Eine Befragung zur Nutzung, Kritik und zu Veränderungswünschen der eigenen Homepage lässt sich gut über das Web machen. Der Entwurf der Fragebögen und die Auswertung kann durch automatisierte Prozesse stark vereinfacht werden. Auch hier gibt es Dienstleister, manche sogar kostengünstig. Mit den neueren Versionen der Acrobat-Programme von Adobe, nicht dem Acrobat Reader, sondern den Vollversionen oder mit einigen preisgünstigen Konkurrenzprodukten, können digitale Fragebögen erarbeitet werden. Die bequeme Beantwortung am heimischen PC durch die Zielgruppe ist dann mit der Reader-Version des Programms möglich.

Die Beantwortung von Mailanfragen durch die Parteien wurde bereits getestet. Die Agentur „comcheck“ aus Köln wollte etwa im Bundestagswahlkampf 2005 wissen, wie sich die großen Parteien um die Beantwortung einzelner Bürgerfragen per E-Mail kümmern. Heraus kam, dass die CDU im Schnitt 11,2 Tage für eine Antwort brauchte, die Grünen 4,3 Tage und die SPD sogar nur 2,4 Tage. Leider beantworteten die Grünen überhaupt nur 65 % der Testanfragen, nicht mehr als die FDP übrigens.



Das Fazit der stichprobenhaften Untersuchung lautete. „Insgesamt kann man konstatieren, dass die Parteien das Medium E-Mail sehr unterschiedlich verstehen und es noch viel zu tun gibt, um von einer professionellen E-Mail-Bearbeitung zu sprechen. Dies fängt bei der Einführung/Einhaltung von Servicelevels an, geht über die Individualisierung der Beantwortung und hört bei einer vernünftigen Signatur auf. Die Parteien müssen sich zukünftig sicherlich auf eine Erhöhung der E-Mail-Anfragen gefasst machen. Wer hier am professionellsten agiert und dem Wähler seine Fragen so sympathisch wie möglich beantwortet, wird in der Wählergunst Punkte sammeln können. Die Parteien vernachlässigen den emotionalen Teil einer Kommunikation, der gewöhnlich viel wichtiger ist, als die reine Sachinformation. Es wird viel zu wenig versucht, Sympathie zu erwerben, sondern es werden immer nur möglichst viele Informationen abgeladen. Dabei könnte man dem Bürger sehr leicht eine persönliche Ansprache bieten, die entscheidend sein kann.“

Analysedienstleister von Internetauftritten und Mailediensten:

[www.studien.comcheck-service.com](http://www.studien.comcheck-service.com)  
[www.eresult.de](http://www.eresult.de)  
[www.usebility.de](http://www.usebility.de)  
[www.ask2.de](http://www.ask2.de)

Erhebung Internetnutzung:

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)  
[www.jugend-nrw.de](http://www.jugend-nrw.de)  
[www.initiated21.de](http://www.initiated21.de)

Kuriosum:

[www.politikerbewertung.de](http://www.politikerbewertung.de)

Hans-Jürgen Serwe



# Raubbau stoppen!

## Entwaldung ist Vernichtung ökologischer und ökonomischer Werte

Unfassbare Summen werden für die Rettung des Finanzmarktes aus öffentlichen Haushalten zur Verfügung gestellt, während die Anstrengungen zur Rettung des Waldes weit hinter den Notwendigkeiten zurückstehen, obwohl hier mit weniger Geld geholfen werden könnte. Dabei handelt es sich beim Raubbau am Wald nicht nur um ein ökologisches Problem gigantischen Ausmaßes, auch ökonomisch sind die Schäden immens. Fünf Billionen US-Dollar werden durch die Abholzung der Wälder jährlich an ökonomischen und ökologischen Werten vernichtet, so eine Studie der EU-Kommission.



### Die Funktionen des Waldes wertschätzen

Wälder sind Quellen der Artenvielfalt und Ökodiebstleister sowie direkte Lebensgrundlage von Millionen waldabhängiger Menschen in den Entwicklungsländern. Außerdem sind sie ein gewaltiger CO<sub>2</sub>-Speicher. Umso erstaunlicher, dass noch so wenig passiert, um die Rodung der Wälder zu stoppen, denn schließlich hängt die physische Existenz des Menschen direkt vom Überleben unseres Ökosystems ab. Sollte der Kahlschlag großer Urwaldgebiete weiter gehen, ist absehbar, dass die Menschen ihr Glück in Europa suchen werden. Keine unmenschliche Festungspolitik wird sie davon abhalten. Nur eine Entwicklungs- und Handelspolitik aus einem Guss bietet einen Ausweg.

### Vorschläge für eine integrierte Waldpolitik der EU

Das Europäische Parlament hat deshalb auf Anregung von Frithjof Schmidt und anderen Abgeordneten eine Studie über die Möglichkeit einer globalen Waldstrategie der EU präsentiert, die die oben genannten Funktionen des Waldes sicherstellen soll. Auch die Europäische Kommission bringt in Kürze Vorschläge für die Vermeidung von Entwaldung heraus. Frithjof Schmidt wird dem Europaparlament zur Tauglichkeit der Vorschläge der Kommission Bericht erstatten.

### Aktuelle Veröffentlichungen von Frithjof Schmidt gegen den Raubbau an der Natur und zu den damit verbundenen Flüchtlingsströmen aus Afrika



■ *Comic: „Hoffnung auf Europa – Eine afrikanische Odyssee“*



■ *Broschüre: „Wenn Fischer zu Migranten werden“*  
Comic und Broschüre sind elektronisch auf <http://www.frithjof-schmidt.de/publikationen/> und per Post über das Düsseldorfer Büro von Frithjof Schmidt erhältlich.

■ *Studie für eine integrierte Waldpolitik der EU:*  
<http://www.frithjof-schmidt.de>



**Europabüro Dr. Frithjof Schmidt (MdEP)**

Börje Wichert  
Jahnstraße 52 · 40215 Düsseldorf  
Tel. 0211 38666-31  
Fax 0211 38666-66  
wichert@gruene-europa.de



### FrithjofTube:

Frithjof Schmidts Reden im Plenum des Europarlaments bei Youtube:  
[www.de.youtube.com/frithjoftube](http://www.de.youtube.com/frithjoftube)

[www.frithjof-schmidt.de](http://www.frithjof-schmidt.de)